

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 RM., vierteljährlich 4,50 RM. — Frst- und Versammlungskassenzettel kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsdrucke werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hiesig in Bochum, Blumenhauer Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Witterbach Bochum.

Judaslohn für den Riesenstreikbruch.

Wie jedes Verbrechen schließlich einmal ans Tageslicht kommt, so wird jetzt auch der Schleier gelüftet von dem dunklen Treiben der Zentrumsführer und ihrer „Christlichen“ Großklappen beim Verrat der Ruhrbergleute im März 1912. Die „Berliner Volkszeitung“ vom Dienstag, den 14. Januar, bringt einen Leitartikel über „Die Verklüftung der Zentrumspartei“, der geradezu sensationelle Enthüllungen bringt über den niederträchtigen Verrat. Wir entnehmen ihm:

„Die Kölner Richtung der gewandten Diplomaten, Balancierstücker und Gesimsläufer wird in neueren Streitschriften des Kaplans Edmund Schöpen, der durch seine Broschüre: „Röm, eine innere Gefahr für den Katholizismus“ den Zwiepsalt zwischen Rom v. Dppersdorff, Bören, Ritter einerseits und den „Römern“ Wagem, Trimbom, Marx, Pieper, Sonnenschein andererseits in die Öffentlichkeit getragen hat, deutlich gekennzeichnet:

„Was will die Kölner Richtung? ... Der dogmatische Gehalt des echten, in der Kirche verkörperten katholischen Christentums neben den izzigen, falschen Auffassungen der Lehre Christi in den Sekten, deren eine der Protestantismus darstellt, dieser Gedanke wird dem andern: das Christentum als höhere Einheit, dem die verschiedenen Konfessionen untergeordnet sind als ebensolche Zweige echten Christentums... Zwei Mittel haben die Führer der Kölner Richtung gegen Rom spielen lassen: den Interessententum mit der preussischen Diplomatie und die Diskreditierung des Papstes beim katolischen Volk... Die Beziehungen zwischen M. Gladbach und den Berliner Geheimkabinetten waren von jeher reger, die Konferenzen Julius Wagem mit dem Reichskanzler laten ihre Schuldigkeit. So oft das Damoklesschwert über den Kölner Ideen hing, und es hing einmal schon recht tief über dem Volksverein, trat der preussische Gesandte beim Vatikan in Tätigkeit.“

Interessant ist die Enthüllung, wie die Kölner Richtung durch ihren Unterhändler Justizrat Trimbom mit den Großen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und den Kohlenmagnaten die Wahlgeschäfte am Niederrhein regelt. Ultraliberalismus und Merikalismus Arm in Arm! Der katholische Religionslehrer Rosenberg hat für Dortmund-Duisburg und Umgebung die Zentrumsführer dem „maßvollen“ Rechtsliberalismus zuzurechnen, ohne Verpflichtung auf Gegenseitigkeit. Ebenso mußten die Führer der „christlichen“ Gewerkschaften im Ruhrbecken, die Giesberts, Schiffer, Imbusch, Effert und Genossen sich für das Unternehmertum und gegen jeden Streik der Bergleute erklären. Das ist alles in geheimen Konventikeln festgelegt. Als Entgelt von seiten des eng zusammengeschlossenen Unternehmertums trug dafür der verstorbene Kardinal Fischer in Köln in drei Raten einen Peterspfennig in den Vatikan, den der frühere Dominikanerpater Alfons Müller in Rom auf anderthalb Millionen Mark beziffert. Sowie alsdann der alte Verband für die seit einem Jahrzehnt in gedrückter Stimmung lebenden Bergarbeiter an der Ruhr im Verein mit den Kirch-Dunderfischen und polnischen Verbänden in den Streik eintrat, mußten getreu dem geheimen Abkommen zwischen den rheinischen Zentrumsjuristen und den Großindustriellen, die „christlichen“ Gewerkschaftsführer den katholischen Arbeitern in ihrem berechtigten Streben um bessere Lohnverhältnisse in den Rücken fallen.“

Das ist die volle Bestätigung dessen, was wir und mit uns alle ehrlich denkenden Menschen stets gesagt haben: Die Gewerkschaftsführer haben lediglich aus politischen Motiven den Streikbruch verübt, haben aus politischen Motiven unsägliches Geld über Tausende von Bergmannsfamilien heraufbeschworen, haben aus politischen Motiven ihren eigenen Mitgliedern und deren Frauen und Kindern das Brot vom Tische gesiegt!!! Wer damals mit diesen famosen „Arbeiterführern“ zusammenkam, wer sah, wie sie niedergedrückt, mit gemutetem Blick dahergingen, wer sie reden hörte, empfand sofort: Diese Menschen sind gebunden, das Gewissen quält sie, sie können nicht, dürfen nicht, eine höhere Gewalt hält sie in den Krallen und drückt sie nieder! Aber niemand von uns konnte damals ahnen, daß diese Koch-Arbeiterführer sich so direkt und bedingungslos dem Grubenkapital ergeben hatten, vielmehr mußten wir annehmen, daß ihnen doch ein höherer Preis gesetzt sei. Nur der blinde Haß gegen die Arbeiterpartei hat diese „Arbeiterführer“ schon so blind gemacht, daß sie sich bedingungslos, ohne Gegenleistung den Grubenproben, wie sie selbst hundertmal die Kohlenbarone genannt haben, vor die Füße werfen.

Mit den schlimmsten Scharfmachern, den rückwärtslosesten und brutalsten Arbeiterfeinden, mit den Kulturkämpfern und Wamshäusern, mit den Todfeinden der katholischen Kirche setzen sich die „christlichen“ „Arbeiterführer“ Giesberts, Imbusch, Schiffer und Genossen zu geheimen Konventikeln zusammen und knabbeln mit den schlimmsten Arbeiterfeinden Deutschlands im Geheimen ihre dunklen Pläne aus, versprechen, nicht zu streiken, einen eventuellen Streik der Verbandskameraden zu brechen, und sie haben Wort gehalten!

Schon im Sommer 1911 erfuhren wir von gut informierter Seite, daß zwischen der Zentrumspartei und den „Christenführern“ ein Abkommen getroffen worden sei, wonach sie sich verpflichteten, bei den Reichstagswahlen die national-liberalen Zentrumskandidaten zu unterstützen, besonders aber alles daranzusetzen, unseren Kameraden Sue in Bochum zu Fall zu bringen und eine eventuelle Lohnbewegung der Bergarbeiter kaputt zu machen! Dafür wollten die Zentren von der weiteren Vermehrung der gelben Werkereine Abstand nehmen, um den „christlichen“ Geerbann nicht noch mehr zu schwächen. Die Folgezeit hat klar erwiesen, daß die „Christenführer“ die übernommenen Verpflichtungen erfüllten. Freude werden sie aber an diesen Taten nicht haben, die Früchte werden andere sein, als sie wohl erwarteten. An Sues Stelle ist eine Null gewählt, ein Mann, den seine eigenen Glaubensgenossen das Nilpferd der „christlichen“ Gewerkschaften nannten; der Riesenstreik Bochum ist dadurch ohne jede Vertretung im Reichstag, während der Riesenstreikbruch den Grubenkapitalisten viele Millionen an Mehrüberschüssen eingebracht hat! Das sind prächtige Taten, herrliche Erfolge der „genialen“ Arbeiter-„vertreter“!

Die Anbändelung der „Christenführer“ mit den Grubenkapitalisten liegt jedoch schon weiter zurück, als Herr Schöpen angibt, und haben die geheimen Konventikelfestlegungen schon lange vor Einleitung der letzten Lohnbewegung stattgefunden. Schon in Nr. 8 der „Arbeit“ vom 20. Februar 1908 verlangte Behrens — doch nicht ohne Äquivalent — mehr Industrielle in den Reichstag. Wie die „christlich-nationalen“ Arbeiter an der Saar, schrieb Behrens, den Großindustriellen v. Schubert, Schwiegerjohn und Erbe des Saartyrannen Stumm, gewählt hätten, genau so würden die „christlich-nationalen“ Arbeiter auch im Ruhrrevier Großindustrielle wählen, wenn diese ihren bisherigen Standpunkt gegenüber den „christlich-nationalen“ Arbeiterorganisationen aufgeben würden. Behrens hielt Männer wie Sue und den verstorbenen Kollegen Bömelburg nicht für geeignet, Wahlkreise wie Bochum und Dortmund im Reichstag zu vertreten. Gewerkschaftler wie Bömelburg und Sue, denen selbst die verblissensten Gegner der Arbeiterbewegung das Zeugnis glänzender Begabung und unermüdlichen Fleißes ausstellen mußten, will der „Arbeiterführer“ Behrens im Reichstag nicht haben, wohl aber Großindustrielle à la Gild, der den Bergleuten entgegenhielt: „Ein Bergmann, der 40 Jahre alt ist und noch vor Kohle arbeiten kann, hat sein Leben lang gefaulenz“, oder Scharfmacher à la Schmiebung, der die Feuerweh gegen streikende Bergarbeiter auffahren und die Leute mit Jauche bespritzen ließ! Scharfmacher vom reinsten Wasser, allenfalls noch ein „christlich-nationales“ Nilpferd: das sind die Vertreter, wie sie diese famosen „Arbeiterführer“ in den Reichstag gewählt wünschten.

Daß der Streikbruch von langer Hand und im Geheimen mit den Grubenbesitzern vorbereitet worden ist, ging schon aus der von den Unternehmern ausgehaltenen Kasparel-Korrespondenz vom 8. Juli 1910 hervor, wonach der „christliche“ Gewerksverein in einer geheimen Vorstandssitzung erklärte, nichts gegen den Zwangsarbeitsnachweis und seine Handhabung einzuwenden und von der Einführung eines Extrabeitrages zwecks Stärkung des Kampffonds Abstand zu nehmen! Wozu auch den Kampffonds stärken, wenn man ans Kämpfen nicht mehr denken darf und nichts mehr gegen die Maßnahmen der Unternehmer einzutenden hat! Und als Entgelt für all diese Verräterereien sollte Kardinal Fischer Rom beschäftigen, sollte der drohende Vannstrahl mit einem Peterspfennig abgewehrt werden. Ob die Grubenbesitzer die anderthalb Millionen hergegeben haben, geht aus den Ausführungen Schöpens nicht bestimmt hervor, aber wir glauben das kaum. Zwar hätten die Grubenbesitzer damit immer noch ein glänzendes Geschäft gemacht, selbst wenn sie den Streikbruch für anderthalb Millionen erkaufte hätten, aber bei ihrer bekannten „Liebe“ für Rom und ihrer „Freigebigkeit“ ist eher anzunehmen, daß die armen, dummen Arbeiter auch das Opfer der Peterspfennige noch gebracht haben, natürlich umsonst! Kaum hatte der Kölner Kardinal die Augen geschlossen, traf die armseligen Streikbruchorganisatoren dennoch der Vannstrahl von jenseits der Alpen!

Lange Zeit haben es die Burschen versucht, nach bekannter Spitzbubenart den Latbestand auf den Kopf zu stellen, indem sie wider besseres Wissen behaupteten, unser Verband habe bei dem Streik parteipolitische Nebenzwecke verfolgt, habe aus politischen Gründen den Streik beschlossen. Dieses Märchen wurde schon allein durch die Tatsache zerstört, daß wir alle Verbände, auch den Streikbruchgewerksverein, zum gemeinschaftlichen Vorgehen eingeladen hatten, und weiter, daß auf speziellen Antrag unseres Verbandes die Lohnbewegung bis nach der Reichstagswahl hinausgeschoben wurde, um auch den Schein zu vermeiden, als könne oder solle die Sozialdemokratie durch unsere Lohnbewegung gefördert werden. Das ist mehr als ein duzendmal vom „Bergarbeiter“, dem Organ des Kirch-Dunderfischen Gewerksvereins, anerkannt und richtig gestellt worden; dennoch blieben die Verleumder bei ihren Anschuldigungen. Die „Frank-

furter Zeitung“, die sich mehrfach gegen das „christliche“ Märchen gewandt und entschieden bestritten hat, daß unserem Streik andere als rein gewerkschaftliche Motive zugrunde lagen, schreibt noch in ihrer Nummer vom 6. Januar 1913 im Leitartikel des Abendblattes:

„Die Arbeiterbewegung hat die öffentliche Aufmerksamkeit mehrmals stark in Anspruch genommen, insbesondere der Streik der Ruhrbergleute im März. Der Streik war nicht beabsichtigt und hätte vermieden werden können, wenn es nicht die Zentrumsführer wieder wie in allen früheren Fällen abgelehnt hätten, mit den Arbeitern über ihre Wünsche zu verhandeln. Es war ein merkwürdiges Schauspiel: wandten sich die Arbeiter an die eine Organisation der Arbeitgeber, so war diese unzufrieden, wandten sie sich an die andere, so war es diese, obgleich der Zentrumsverband natürlich in dem Augenblick ausfällig ist, wo er es sein will. Aber man will mit den Arbeitern, solange es geht, nicht verhandeln. So kam es zum Streik, an dem sich zuerst 280 000 Mann beteiligten; aber er bröckelte rasch ab, und er wurde nach etwa zehn Tagen, als nur mehr 140 000 Mann im Streik waren, abgebrochen. Der Hauptgrund für sein rasches Ende lag darin, daß sich der christliche Gewerksverein nicht beteiligt hatte. Dieser Gewerksverein spielte dabei eine läbliche Rolle, was zur Folge hatte, daß seine Mitgliederzahl, besonders im Saarrevier, stark zurückging, und das hat wiederum die Streiksanfange zur Folge gehabt, die im Dezember im Saarrevier erfolgte, sich aber nicht erfüllte. Dieser ausgebliebene Streik der Saarbergleute ist wohl eine der sonderbarsten Arbeiterbewegungen, die es je gegeben hat. Es hat schon mehrere Streiks gegeben, die nur unternommen wurden, um die Mitgliederzahl der Gewerkschaft zu erhöhen, aber diese Streiks sind erfolglos. Im Saarrevier hat der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter einen Streik angefangen, der nicht nur ganz ausblieb, sondern auch bei dem auch izzige Grubenbesitzer sprachen, daß er gar nicht beabsichtigt gewesen ist, sondern die Anfänge nur dazu dienen sollte, die Mitglieder zu vermehren. Nachdem dies erreicht war, wurde der Streik abgesetzt, die Vorstellung fand nicht statt. Die Absage war freilich das Klügste, was der christliche Gewerksverein tun konnte, aber die Anfänge war höchstens pfiffig. Es wird interessant sein zu sehen, ob die Früchte, die er dabei geerntet hat, von Dauer sein werden.“

Von unseren Verbandsführern hat nicht einer politische Nebenzwecke verfolgt, sondern alle waren von dem ehrlichen Bestreben geleitet, die beispiellose günstige Zeit auszunutzen, den Bergarbeitern, und zwar allen Arbeitern ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit eine Lohnaufbesserung zu erkämpfen, und sie alle wären, wie die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht schreibt, froh gewesen, wenn sie dieses Ziel ohne Streikerreich hätten. Das rüchichtslose Verhalten der Grubenbesitzer, alle Forderungen der Bergarbeiter höhnlachend abzulehnen, klärt jetzt die Enthüllung des Kaplans Schöpen sonnenklar: Die Grubenbesitzer waren geküßt, in geheimen Konventikeln hatten sie sich von den „Christenführern“ das Versprechen erkaufte, jeden kommenden Streik kaputt zu machen, und dieses Versprechen mußten die Streikbruchorganisatoren auch einlösen! Sie organisierten den größten Solidaritätsbruch, den die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt, und da sie Schleichwege wankelten, die wahren Gründe für ihr unbegreifliches Verhalten nicht eingesehen durften, logen sie wider besseres Wissen, unsere Bewegung verfolge politische Nebenzwecke! Nicht den Schatteneines Beweises haben sie erbracht, können sie erbringen, aber dennoch wiederholten sie ihre unwahren, böswillig erfundenen Behauptungen immer wieder! Weil beim Mansfelder Streik das „Galleische Volksblatt“ einige Tausend neuer Abonnenten gewonnen hat, soll bewiesen sein; daß unserem Verbands die Förderung der Parteinteressen höher steht, als die Arbeiterinteressen. Und doch haben im Mansfelder Streik nicht wir, sondern der Vandrak von Mansfeld und Eisleben und Herr Generaldirektor Bogelsang das getan, indem sie der gesamten bürgerlichen Presse untersagten, Berichte über den Streik zu bringen. Diese Blätter druckten täglich die Erklärungen und Berichte der Bergbehörde und Polizeibehörde gegen die Streikenden ab, brachten aber keine Zeile für die Bergleute, kein Wort über den Kampf, weshalb die Streikenden eine solche Presse mit Recht aus dem Hause warfen und dafür die einzige Zeitung abonnierten, die sich, weder vom Vandrak noch vom Generaldirektor den Mund verbinden ließ, das „Galleische Volksblatt“.

Wie alle Schleichwege im Sumpf, wie aller Schwindel mit dem Zusammenbruch enden, so mußte auch das Teufelmechteln „christlicher“ Arbeiterführer mit den Grubenbesitzern in geheimen Konventikeln mit der Wlosteilung und Blamage der Geheimfrämer enden, und wie jede ehrliche Tat, jede ehrliche Arbeitervertretung gerechtfertigt dasteht, mußte unser Märzstreik gerechtfertigt werden, trotz aller Verleumder. Herr Giesberts hat alle Volksverräter oder gewerkschaftliche Idioten genannt, die behaupten, unser Streik sei nach gewerkschaftlichen Regeln geführt worden. Herr Giesberts, wie würden Sie unsere Verbandsführer genannt haben, wenn diese in geheimen Konventikeln die Bergarbeiter für 1 1/2 Mill. Bebelpfennige an die Grubenbesitzer verkauft hätten?! Herr Giesberts, Sie „alter Praktiker“, Sie „herrlicher Sohn von Strachlen“, Sie „markanteste Per“nlichkeit“, Sie würden, wie wir Sie kennen, uns nicht Idioten genannt haben, sondern abgefeimte, charakterlose, niederträchtige Schurken!

Zusammenbruch der Streikbrüche „Christen“ an der Saar.

Die Folgen der raffinierten dumm-pfiffigen Streikkomödie der „genialen“ Streikbruchorganisatoren im Saarrevier machen sich in der vollständigen Auflösung der einzelnen Bahlstellen geltend. Die „Zentraler Zeitung“, ein Zentralblatt, bezieht am 16. Januar:

Früchte der Streikagitation.

Fürth, 15. Januar. Hier wurde am Sonntag nach einer Versammlung die Bahlstelle des Gewerkschafts „Christlicher Bergarbeiter“, die in der Streikfrage auf 15 Mitglieder angewachsen war, aufgelöst. Ein Teil der früher christlichen Bahlstelle trat sofort zum alten Bergarbeiterverband über.

Diesem, 15. Januar. Hier wurde am 5. Januar die Bahlstelle der „Christlichen“, die während der Streikagitation gegründet worden war, aufgelöst und die erhobenen Beiträge wieder den Mitgliedern zurückgegeben.

Aus einer Reihe anderer Orten ist uns berichtet worden, daß die „Christlichen“ Bahlstellen aufgelöst, das vorhandene Geld wieder verteilt oder in Bier umgeleitet wurde. Die armen Generale sitzen, wie Feldherr Marius auf den Trümmern von Karthago, senden Klagen an ihren Herrn Imbush und verjagen alles, wenigstens einige Scherben aus dem Trümmerhaufen zu retten. Die Generale befürchten, daß die ganze „Christliche“ Generalkommandantur schließlich die Saar hinunter schwimmt, die Generale und Korporäle zu den „Grundgemeinen“ zurückzuvandern und die Kohlenhade wieder mit dem Kommandostab verkaufen müssen. Sie versuchen deshalb alles, um zu retten, was nicht mehr zu retten ist. Am 11. Januar unternahm es General Kaster, in einem Arbeiterzug zu agieren, die alten Vertrauensleute zu bewegen, doch einzusehen, daß es auf der Welt keine tüchtigeren Leute mehr gibt, wie die M.-Gladbacher „Christentumsverbände“, weshalb die Vertrauensleute doch noch wie vor zur Streikbruchfrage stehen sollten. Als Antwort löste ihm entgegen: „Geht nur, ihr Lumpen, Verräter, Verräter!“, und als Köhler sich verteidigen wollte, drangen die Vergleite mit ihren Stöcken auf ihn ein. In seiner Not suchte er bei einem Grubenbeamten, der zufällig in dem Wagenabteil war, Hilfe und wollte von diesem die Namen derjenigen wissen, die ihm mit den Stöcken am meisten zugesetzt hatten. Der Beamte erklärte aber: „Guch Kagabunden stehe ich nicht bei!“ Auf der nächsten Station verschwand der in „Sturmeswettern erprobte, kampft- und sieggewohnte“ General und ließ seine meuternde Armee allein fahren.

Das sind die Folgen der permanenten Verräterei. Auch in den anderen Revieren wird die Zeit kommen, wo die „genialen“ Generale von ihrem eigenen Anhang gesteinigt werden. Es wäre auch ungreiflich, wenn es anders kommen könnte. Alles rächt sich auf Erden, auch der organisierte Arbeitererrat wird sich rächen an den Verrätern!

Die „Christen“-Komödie an der Saar im Urteil der Presse.

Nach Lage der Dinge war es selbstverständlich, daß sich die gesamte Presse mit den Vorgängen an der Saar befaßte, um so mehr, als es sich um 50 000 „fünftägige“ Bergarbeiter von tabelloser Führung und unbefähigster nationaler Gefinnung handelte, die sich gegen den „Water Staat“, als den Musterarbeitgeber, aufzulehnen drohten, aber kaum hat eine Bewegung der Arbeiter eine so verschiedenartige Beurteilung gefunden, als

gerade diese Komödie. Fast sämtliche Blätter aller Richtungen verfallen in den Irrtum, daß sie erkennen an den Ernst der Bewegung glauben, zweitens von einem Streik sprechen, und drittens eine rechtsgültige Kündigung voraussetzen. Wer auch nur einem dieser Irrtümer verfallt, beurteilt die ganzen Vorgänge nicht nur falsch, sondern muß zu ganz falschen Schlüssen kommen. Den in „Sturmeswettern erprobten, kampft- und sieggewohnten“ Führer ist es nie auch nur in einem Augenblick ernst gemeint, sie haben nicht daran gedacht, einen Streik ausbrechen zu lassen, sondern ihre Absicht und ihre Pflicht war es, einen Streik zu verhindern, und Herr Scharfmacher Ebdow dürfte am 11. Januar auch allen denjenigen den Star gelockt haben, die das vorher nicht einsehen oder einsehen wollten. Die Bergwerksdirektion, sagte Herr Ebdow, habe ihm schon Mitte Dezember mitgeteilt, daß es nicht zum Streik komme. Die Bergwerksdirektion muß also genau über das Vorhaben der „Christengenerale“ orientiert gewesen sein und liegt die Vermutung sehr nahe, daß die „genialen“ „Christen“-generale die Komödie im vorherigen Einverständnis der Direktion aufgeführt haben! Wenn Ansehen verstanden der Direktion aufgeführt haben! Wenn Ansehen nach haben sie mit Genehmigung der Bergwerksdirektion einen Agitationskrummel unternommen, bei dem sie dann einige Schritte weiter gingen, als ihnen gestattet und zweckmäßig war.

Von einem Streik kann gar keine Rede sein, da es ja zu keiner ArbeitsEinstellung gekommen ist. Die Botschaft an den Gruben Welsen und Gerhard kann man als Streik gar nicht zählen, da sie nur durch ein Mißverständnis, oder richtiger: dadurch entstanden, daß die „genialen“ Führer ihre bedauerenswerten Anhänger so konfus gemacht haben, wie sie selbst konfus sind. Auf Welsen und Gerhard hatten die Sicherheitsmänner für ihre eigene Person vorschrittsmäßig begriffen, allerdings ohne das zu wollen, und konnten nun nicht begreifen, daß die Verwaltung ihnen am Monatschluß die Abkehr aushändigte. Sie bestritten die Rechtsgültigkeit ihrer Kündigung, indem sie anführten, wenn die Kündigung für die Belegschaft rechtsgültig sei, müßte auch ihre persönliche Kündigung ungültig sein und meinten, die Verwaltung solle ihre Kündigung für ungültig erklären. Die Verwaltung erklärte jedoch, daß sie eine rechtsgültig erfolgte Kündigung nicht für ungültig erklären könnte; sondern die Arbeitersinnlichmitglieder müßten ihre Kündigung zurückziehen, dann könnten sie weiter ansfahren. Das taten die Leute nicht, weil nach ihrer Meinung Giesberts doch für alle die Kündigung zurückgezogen habe. So wenig sind selbst die Vertrauensleute und Sicherheitsmänner der „Christlichen“ über die Rechtsgültigkeit des Arbeitsverhältnisses aufgeklärt, daß sie nicht einmal wußten, daß Giesberts weder für sie kündigen noch eine von ihnen eingereichte Kündigung zurückziehen kann. Von den Berginspektionen war es weder klar noch zweckmäßig, wie Ebdow auf ihrem Schein zu bestehen und von den völlig konfus gemachten Arbeitern die Zurücknahme einer Kündigung zu verlangen, die sie gar nicht einzureichen beabsichtigt hatten. Deshalb faßten diese Armen im Geiste die Unhängigkeit der Papiere und das Verlangen, ihre Kündigung zurückzugeben, als eine Maßregelung auf, die sie sich in Vertretung ihrer Kameraden zugezogen hatten und mit Recht nun deren Solidarität fordern konnten. Sieht man von diesem Zwischenfall ab, der durch die totale Unfähigkeit der „genialen“ Führer und den Beschluß gewerkschaftlicher Blöden verschuldet wurde, kann weder von einem Streik noch von Kündigungen die Rede sein, und wenn in einzelnen Blättern trotzdem von Streik und Kündigung geschrieben wird, zeigt das nur, wie wenig solche Redaktionen über unsere Arbeitsverhältnisse unterrichtet sind.

Während die Scharfmacherpresse des Ruhrreviers mit ihrem Urteil über die Bewegung und die „genialen“ Führer zurück-

hält, mehrfach sogar ihrer Schadenfreude unverbundenen Ausdruck verlieh, daß dem Bischof an der Saar der Krieg angekündigt wurde, fielen die Streikbruchorganisatoren beiden Scharfmachern im Lande allenthalben in Ungnade. Das Vertrauen, das sie sich bei allen Reaktionen und Arbeiterfeinden durch ihren Streikbruch im März 1912 an der Ruhr erworben hatten, schwand schon durch den Uebertritt des Bischof der Kündigungskomödie dahin und die sonst so „besonnenen“, „einsichtigen“, „klugen und sachlichen“, „Christen“-Generalsekretäre rangierten wieder unter den Sehern, Aufwiegeln, Klassenkämpfern, an der Seite der Sozialdemokraten. Die „Post“, der alte Stummische Schleiffstein, ein Haupt-Scharfmacherblatt und Publikationsorgan der „christlichen“ Gewerkschaftsführer, lehnte die Aufnahme der Zuschriften ab und teilte das sogar ostentativ mit! Etwas rückwärtsver behandelt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Scharfmacherblatt der rheinisch-westfälischen Kohlenbarone und Publikationsorgan der „christlichen“ Streikbruchorganisatoren, die „genialen“ Generale, indem es ihre Zuschriften zum Teil veröffentlichte. Auch hat sich die Kohlenbarone bisher eines weiteren Urteils über ihre „christlichen“ Lieblinge in der Schützenbahn enthalten, jedenfalls will sie die Imbush nicht unnötig ärgern, weiß die Kohlenbarone doch zu gut, wie wertvolle Dienste diese Verräter den Kohlenbaronen schon geleistet haben und noch leisten sollen.

Die „Post“, das Scharfmacherblatt, in dem die „christlichen“ Streikbruchorganisatoren 1910 unsere Lohnbewegung berieten, schrieb am 3. Januar 1913:

„Für den aufmerksamen Beobachter war es von vornherein kein Zweifel, daß die Arbeiterbewegung im staatlichen Kohlenbergbau an der Saar eine rein demagogische war. Der Verlauf der Dinge hat diese Auffassung lediglich bestätigt. Namentlich gilt dies von der „Meberkonferenz“, die am Sonntag in Saarbrücken stattfand. Sie ließ sofort erkennen, daß, wie immer in solchen Bewegungen, die ursprünglichen Veranstalter und Leiter der Bewegung von den extremen Bestrebungen bei Seite geschoben wurden. Die Intrige der Führer des christlichen Gewerkschafts auf vollübergeleiteter Basis wurde zwar angenommen, aber es erhob sich dagegen tüftlicher Widerspruch... Man kann als sicher annehmen, daß die von den christlichen Gewerkschaften aus nächster Nähe hervorgerufene Arbeiterbewegung die radikalen Elemente gestiftet hat, wie das bei solchen Bewegungen üblich und natürlich ist.“

Bundacht ruft sie bei den in Betracht kommenden Leuten ein unangenehmes großes Selbstgefühl wach, und das steigert sich natürlich mit jeder weiteren Verhandlung und Versammlung. Es ist die Waffensuggestion, die hier ihre Wirkung tut. Deshalb ist es so gefährlich für Gesellschaft und Staat, wie für die in der Bewegung stehenden Kreise selbst, die Frage der gemeinsamen Tätigkeit in der Arbeiterarbeit aufzuwerfen. Die unorganisierte und disziplinierte Masse ist immer eine Ruhe- und Ordnung bedrohende Erscheinung. Daher sollen und müssen die Massen unter Botmäßigkeit gehalten werden, wenn sie nicht Ausschreitungen begehen sollen. Die Botmäßigkeit der Arbeiterarbeit verlangt aber erfahrungsgemäß in Fällen der in Rede stehenden Art, weil sie nicht weit genug begründet ist. Und die einmal erregte Leidenschaft der Masse verleiht dann viele Angehörige der letzteren zu den extremsten Ansichten, die sich auch öfter in Ausschreitungen äußern.

Zu letzteren ist es im Saarbezirk glücklicherweise nicht gekommen. Das ist aber nicht das Verdienst der christlichen Gewerkschaften, sondern der von der staatlichen Bergverwaltung geschaffenen Verhältnisse. Wer diese letzteren kennt, mußte fast erlaunt sein über die Klagen und Beschwerden der Bergarbeiter. Denn für diese bot sich ausreichende, stetige Beschäftigung, genügende Abzahlung und Versorgung. Die Arbeiterarbeit war sehr gut, sie konnte sich eigene Häuser bauen, dank den Beihilfen der Verwaltung, sie konnte ihre Söhne im staatlichen Bergbau anbringen und legte darauf auch großen Wert. Das alles sollte nun mit einem Male nicht mehr Geltung haben, weil es die christliche Gewerkschaft für angemessen hielt, die neue Arbeitsordnung zum Ausgang einer Lohnbewegung zu machen. Das wohlverdiente Ende dieser willkürlichen und verwerflichen Bewegung liegt nun vor; es wird für die „christlichen“ Gewerkschaften, kaum weniger nachteilig sein, als für die „freien“ der mit freiem Übermut begonnene Zustand im Ruhrbezirk zu Anfang dieses Jahres war.“

Vom „Kritikieren“ und „Bessermachen“.

Es gibt in der Gewerkschaftsbewegung eine recht eigenartige Sorte von Mitgliedern. Sie sind eingeschriebene Mitglieder, zahlen ihre Beiträge pünktlich, sind in fast jeder Versammlung anwesend, ergreifen hier auch oft das Wort, sind auch sonst sehr geschäftig und reden auch bei anderen Gelegenheiten recht viel über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und ihren Verband im besonderen. Et, der Lausend, wird mancher sagen, dann sind das doch recht vernünftige Menschen, die ihrer Gewerkschaft und damit auch der allgemeinen Arbeiterbewegung sehr nützlich sind. Ja, lieber Leser, die Sache, so nett sie sich anhört, hat dennoch einen recht bedenklichen Haken. Es kommt bei der solchen geschäftigen Tätigkeit vor allem auch auf das „Wie“ an und deshalb möchte ich diese Leute denn doch etwas näher schildern.

Als seine Beiträge zahlt so ein Gewerkschaftler ziemlich. Sein jeltener bester Redebeton ergeht sich aber auch bei diesem für einen Gewerkschaftsmitgliedern unerlässlichen Betätigung vor allem über den, der als Einkäufer seines wichtigen Amtes waltet. Er ist jeltener der Freund eines solchen Funktionärs. Mit strengem Miene schließt er diesem den Gewerkschaftssohls hin und erklärt dabei feierlichen Ernstes, daß der Beitrag ein viel zu hoher sei und daß der Verband für das eigene Geld doch eigentlich so gut wie garnichts leiste. Das erzählt er nicht nur dem Funktionär, das erzählt er jedem, der es hören oder auch nicht hören will. Und unwillig nimmt er schließlich ein abgestempeltes Verbandsbuch entgegen und trollt brummend seiner Wege...

Auch in fast jeder Versammlung ist dieser Gewerkschaftler. Hier melbet er sich bei jeder Sache getreulich zum Wort. Und er wird stets getreu seinem „Prinzip“ einen anderen Standpunkt vertreten als der Vorstand oder die Mehrheit der Anwesenden. Und da er selten mit seiner Ansicht durchdringt, wird er stets mit unheilvollendender Stimme das nahe bevorstehende Ende der Ortsgruppe prophezeien. Er wird bei jeder Gelegenheit auch oft seinen Verbandsantritt erklären und sich hoch und teuer verschören, nun, nachdem man auch noch diese neue „Dummheit“ gemacht habe, unter keinen Umständen mehr mitmachen zu wollen. Aber bei dem „berühmten“ letzten Punkt jeder landläufigen Gewerkschaftsversammlung, dem „Dibersen“ oder „Sonntagen“ erregt er bereits wieder das Wort. Er hat sich mit irgend einem Redewort befaßt. Und er unterläßt nur nicht, beim „Dibersen“ diese Angelegenheit recht eingehend zu erörtern und zu zeigen, wach sich schließt. Bei dieser Kollege doch eigentümlich ist. Das „Dibersen“, das er verlangt, ist, daß jedem Menschen für sein „unvollständiges“ Verhalten eine feierliche Rüge erteilt wird. Und wehe, wenn die Versammlung dem nicht Folge leistet! Er erklärt alle für „Dummhände“ aller Art und den „Dummhänden“ er erklärt, um — in der nächsten Versammlung daselbe Schauspiel zu wiederholen.

Auch in der Arbeit und in öffentlichen Lokalen jelt unser Freund seine „Kritik“ unbestätigt weiter fort. Jedermann erklärt er, daß das Verbandsstatut unbestätigt von vorn bis hinten rein garnichts taue. Jeder darin enthaltene Paragraph jelt eine ausgemachte Dummheit. Jeder Verbandsbeschlus jelt eine komplette Dummheit, die sich vornehmlich und ausgerechnet gegen seine Person wende. Und der Rest ist jelt, daß ein so geleiteter Verband unbestätigt seinem Untergang zusteuere und über kurz oder lang käuflich zusammenzubrechen müsse.

Arbeiterbewegung und es sei höchste Zeit, daß sie „abgefäht“ werden. So ein Amt könne genau betrachtet überhaupt ganz gut des Abends in der Dämmerstunde so nebenbei erledigt werden. Und richtig genommen seien alle diese Funktionäre weiter nichts als elende und ehrgeizige Streber, denen die Arbeiterfrage nicht im Geringsten am Herzen liege...

Sieher Leser, merkt du was? Schau dich um und du wirst solche guten Freunde der Gewerkschaft jehen können. Das sind unsere nörgehenden Kritiker, unsere Querulanten, denen nichts recht ist und denen man es nie recht machen kann. Keine Spur einer ehelichen Opposition und vernünftigen Kritik findest du bei ihnen. Sie nörgeeln, jnitifizieren, querulieren und kritizieren aus „Prinzip“ und orten so oft zum wahren Schrecken jeder Gewerkschaft aus. Der Punkt, den sie bieten, ist ein kleiner, der Schaden aber, den sie anrichten, unbeschreiblich. Was kann es einer Gewerkschaft groß nützen, wenn jemand wohl seine Beiträge bezahlt, durch sein Benehmen dabei aber andere von der Gewerkschaftsbewegung zurückjchreit. Was hilft es der Organisation, wenn jemand ein fleißiger Versammlungsbesucher ist, durch sein Auftreten in der Versammlung aber Dutzenden seiner Arbeitsgenossen den Versammlungsbesuch verleidet, wenn er durch das Aufjuchen heimlicher Dinge zu großen „Prinzipienfragen“ den glatten Verlauf der Versammlungen jört und jindert? Wie kann einer Gewerkschaft damit geholfen sein, wenn jemand bei jeder jastenden und unpassenden Gelegenheit deren Einrichtungen herabwürdigt und die von der Allgemeinheit in demokratischem Wahlverfahren eingesehten und erprobten Leiter der Organisation durch den Kot schleift? Wo soll der unerlässliche Kampfesmut einer Gewerkschaft herkommen, wenn solche unberufenen Störenfriede tagtäglich die „Schmach“ der Gewerkschaft predigen und dazu deren nahen und gewissen Untergang prophezeien?

Auf solche Weise wird einer Gewerkschaft nie geholfen. Leute, die sich auf diese Art betätigen und so den mühevollen Aufbau der Gewerkschaft zu jören juchen, gehören zu den gefährlichsten Gegnern ihrer Organisation, obwohl ihnen gemeinlich das Bewußtsein ihrer schädigenden Eigenschaften abgeht. Sie sind wohl Mitglieder, aber auch unbedachte Totenräuber der Arbeiterfrage. Jhnen werd auf die Finger zu jehen und sie stets auf das Schädigende ihrer Handlungen hingawiesen, das muß die Aufgabe jedes wahren Gewerkschaftlers und wirklichen und rückhaltlosen Freundes der Arbeiterfrage sein!

Darum, du wahrer Freund unserer guten Sache, habe acht auf die unberufenen Kritiker und Nörger in den eigenen Reihen! Suche die jädigende Tendenz ihres Charakters zu enttarnen, indem du ihnen stets und überall wirksam und energijch entgegentrittst und ihnen das Schädliche ihrer Handlungsweise vorjähst...

Verteure nicht, daß nicht. Ich meine nicht, daß jeder Kritik gegen unsere Verbandsrichtungen die Spitze geboten werden soll! Das wäre jchädlich und auch gefährlich für unsere weitere Fortentwicklung. Kritik in unseren eigenen Reihen ist notwendig. Und es wird jelt stets bei jeder Neuerung im Verbandsbereich, daß sie Gegner hat. Und wenn hier nun die Kritik einjst, so jchadet das nichts. Die Kritik jeltsehe aber maßvoll, jelt von brüderlichem Geij durchtränkt und dem ehelichen Empfinden, nur das Beste für die Organisation zu wollen! So entjsteht eine sachliche und fruchtbare Diskussion, die die Geijter und Ansichten klärt, dem Wahren und Guten die Bahn ebnet und der Organisation zum größten Vorteil jereicht!

Und tritt weiter jelt in Wort und Tat für deine Organisation ein! Sie ist unser einziger Hort gegen den Übermut des Unternehmertums! Darum strebe für sie und agijere für sie! Zeige stets ihre besten Seiten, rüttle den Lauen auf, tröste den Jazgenden, richte den Zweifel in die Höhe! So wirst du am besten für deine Organisation. Und das ist dann nicht nur dein Vorteil, es ist auch der Vorteil deiner gesamten Klassenossen...

Und falls du — was ich allerdings nicht wünsche — zu der einjgangs dieses Artikels erwähnten Punkt der nörgehenden Kritiker und Querulanten gehören solltest, dann beherzige diese Zeilen. Gehe in dich und jere frage Selbstkritik. Gehe nicht achlos an diesen Zeilen vorüber. Sie sind geschrieben in deinem Interesse und damit auch

im Interesse unserer Gesamtorganisation! Also bessere dich und handle zukünftig so, wie hier in den letzten Absätzen angedeutet wurde. Das jereicht dir zur Ehre und zum größten Vorteil und nicht zuletzt auch deiner Organisation und der gesamten Arbeiterbewegung!

Entwicklung der Großstädte an der Ostsee.

In Großstädten, also an solchen Ansiedlungen, die eine Einwohnerzahl von mehr als 100 000 Einwohnern besitzen, gibt es jetzt an den Küsten der Ostsee drei, wobei die am Sund gelegenen Städte Kopenhagen und Malmö mitgerechnet sind. Ihre Zahl hat sich seit zwei Jahren um drei vermehrt, da sowohl Lübeck wie die beiden russischen Säten Reval und Libau erst im letzten Jahre die Grenze zur Großstadt überschritten haben. Ueber das Wachstum dieser Städte zur Einwohnerzahl im Seebereich hat Dr. Sten b e e c e r in der „Zeitschrift der Berliner Gesellschaft für Erdkunde“ eine wertvolle Uebersicht gegeben. Dabei ist auch die von jeder einzelnen Stadt eingenommene Fläche und insjolge dessen die Wohnfläche berücksichtigt worden.

Am engsten wohnen die Leute in Petersburg mit 21 400 Seelen auf jedes Quadratkilometer. Demnächst folgt das in seiner insularen Lage eingeschlossene Stockholm und von deutschen Städten Königsberg, wo der erst jelt ausgegebene Festungswall eine Zusammenjdrängung der Bevölkerung erzwingen hat. Von allen deutschen Großstädten sind in dieser Hinsicht Danzig und Kiel am besten gestellt, wo etwa nur die Hälfte Einwohner auf die Flächeninhalte entfällt wie in den bisher genannten Städten. Kiel bedeckt insjolge dessen die größte Fläche unter den deutschen Säten. Auffällig ist die große Ausdehnung von Riga, das bei einer unjefähr gleichen Einwohnerzahl eine mehr als doppelt so große Fläche bejst als Stockholm und jogar eine noch größere als das um 210 000 Einwohner besitzende Kopenhagen. Kein zahlenmäßig haben das stärkste Wachstum selbsterjählich die beiden größten Ostseestädte Petersburg und Kopenhagen aufzuweisen, deren Einwohnerzahl jählich um 35 000 bzw. 10 000 Seelen jteigt. Im Grade des Wachstums werden sie aber von mehreren anderen Großstädten übertroffen, am stärksten von Selingfors, das die jelt beträchtliche Zunahme von 4,5 vom Hundert jählich aufzuweisen hat. Demnächst sind Reval und Libau von den russischen Ostseestädten in den letzten Jahren am schnellsten angewachsen. Unter den deutschen Säten hat Kiel seit 1905 den größten Aufschwung genommen, nämlich um mehr als 3 v. H. pro Jahr. Die geringste Zunahme hat bei Danzig und bei Stettin stattgefunden, und unjer Säten an der Odermündung hatte im Jahre 1910 jogar eine Abnahme der Einwohnerzahl zu verzeichnen gehabt.

Ein Zusammenhang zwischen dem Anwachsen der Einwohnerzahl und der Bedeutung des Seebereichs läßt sich durchaus nicht bei allen diesen Säten erkennen. Der Seebereich von Kopenhagen ist übermäßig mit rund 10 Millionen Tonnen weitaus und ist etwa ebenso groß wie der von Stockholm und Petersburg zusammen genommen. Trotzdem jteigt die Bevölkerung Kopenhagens nur um etwa 1,7 v. H. jählich. Die Stadt mit dem stärksten Steigen der Einwohnerzahl, Selingfors, dagegen nimmt mit Bezug auf den Seebereich den niedrigsten Rang unter den 13 Säten ein. Nur Malmö, das in der Reihenfolge der Verkehrsstärke hinter Kopenhagen und Stockholm an dritter Stelle jelt und in dieser Hinsicht Königsberg und Stettin zusammen genommen übertrifft, jelt gleichzeitig mit dem Aufschwung des Hafens auch ein jchnelles Wachstum der städtischen Bevölkerung.

In einer besonderen Uebersicht zeigt Dr. de Geer die Entwicklung der Ostseestädte während des letzten Jhdhunderts. Petersburg hat in dieser Zeit eine ziemlich gleichmäßige Zunahme erfahren, obwohl Kopenhagen, wo die Vermehrung aber erst mit dem Jahre 1845 stark einjsetzte. Riga, das noch um das Jahr 1880 die dritthöchste Stadt an der Ostsee war, ist jett von Stockholm überflügelt worden. Ferner ist Danzig von Kiel überflügelt worden.

Dieses gehässige und abfällige Urteil einer „edlen“ Scharmacherseele wird die in „Sturmeswettern erprobten“ Christenführer nicht abhalten, in derselben „Post“ ihre Artikel gegen unseren Verband abzulagern, wie sie es bisher reichlich getan haben. Sie werden bleiben, was sie sind, trotz der Prügel, die sie jetzt von allen Seiten bekommen, obschon sie nur eine Scheinbewegung gemacht haben.

Das „Deutsche Adelsblatt“ sagt am Schluß eines längeren Artikels:

... Aus den jetzigen Vorgängen erhellt jedenfalls, daß die christlichen Gewerkschaften in derselben Weise wie die Sozialdemokraten die agitatorischen Erfordernisse ihrer Organisation über das Wohl ihrer Mitglieder wie der Allgemeinheit stellen und in der Handhabung der Taktik kaum minder rücksichtslos als die Genossen vorgehen. Es besteht zwischen beiden eigentlich nur ein äußerlicher Unterschied. Die Sozialdemokratie betont ihren christentumsfeindlichen und antimonarchistischen Standpunkt, während die christlichen Gewerkschaftler sich stets als künftigen hinausweisen belibien. Aber ihre ganzes Auftreten und namentlich ihr Verhalten in wirtschaftlichen Fragen entspricht diesen Theorien nicht. Und deshalb lassen sie sich unmöglich als ein nutzbringendes Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie betrachten.

„Sozialdemokraten“, nichts anderes sind die „Christenführer“ stets, sobald sie nur die minimalsten Forderungen stellen, und genau so werden sie dann behandelt, daran ändern all ihre Verwicklungen wie auch ihre Beteuerungen einer tadellosen Befinnung nichts, und hätten sie den Streik im Saargebiet gewagt, Militär und Maschinengewehre wären gegen sie aufgeföhren worden genau so wie gegen uns. In Wiesbaden ging das Gerücht um, daß, nach Mitteilung eines Pfarrers, der Landrat von Ottweiler schon in Berlin vorstellig geworden sei, um rechtzeitig Militär zu erhalten!

Die „Kölnische Zeitung“, die nach dem Miesentreibbruch im März die in „Sturmeswettern erprobten, kampfs- und sieggewohnten“ Christenführer über den grünen Alee lobte, die ihnen ebenfalls als Publikationsorgan zu Diensten steht, urteilt in Nr. 15 vom 5. Januar folgendermaßen:

Die Schuldfrage an dem jetzt anscheinend beilegenen Zustand wird ja noch viel erörtert werden, aber heute schon läßt sich sagen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaft eine sehr unglückliche Hand in diesem Falle gehabt haben. Es ist bisher ganz übersehen worden, daß der Abgeordnete Giesberts, einer der ersten Führer der gesamten christlichen Gewerkschaften Deutschlands, am 30. Dezember nach seiner Unterredung mit dem Vorsitzenden der Bergwerksdirektion in der Reichskonferenz, der Vertreter der Gewerkschaften erklärt hat, die Zustimmung, daß keinerlei Schwierigkeiten entstanden, sei von dem Vorsitzenden der Bergwerksdirektion auch bezüglich derjenigen Bergarbeiter gemacht worden, für die eine rechtsgültige Kündigung zum 2. Januar vorliege, falls sie am 2. Januar die Arbeit ruhig fortsetzen. Am 3. Januar, nachdem der Teilszustand ausgebrochen war, fand sich eine Erklärung des Abgeordneten Giesberts in der Reichskonferenz, worin Herr Giesberts als richtig zugibt, daß von der Kündigung der Sicherheitsmännern zwischen ihm und den Vorsitzenden der Bergwerksdirektion nicht gesprochen worden sei. Aber, so sagt Herr Giesberts weiter, auf Grund der ganzen Unterredung hätte er annehmen müssen, daß wegen dieser Unvollständigkeit keine Schwierigkeiten gemacht würden. Herr Giesberts war also in der Reichskonferenz am 30. Dezember in seinen Erklärungen vor der entscheidenden Abstimmung etwas weiter gegangen als er hätte gehen dürfen, wenn er die bei solchen Dingen übliche Vorsicht hätte walten lassen. Den Sicherheitsmännern auf der Grube Belsen war es im Grunde genommen nach den Erklärungen des Gewerkschaftsführers Giesberts in der Reichskonferenz nicht zu verübeln, wenn sie im ersten Augenblick einen Verstoß gegen die Zusicherung zu finden meinten. Nachdem aber der Sachverhalt von der Bergbehörde aufgeklärt worden war, hätten auch diese Sicherheitsmänner schon im Bewußtsein der Bedeutung ihres Amtes den Frieden nicht weiter stören dürfen. Weiter hat sich bei diesem Teilszustand wieder herausgestellt, daß die christliche Gewerkschaft im Saarrevier zurzeit Führer hat, die sich ihrer Aufgabe wenig gewachsen zeigen und keine Reue in gewerkschaftlicher Schulung finden. Schon am 28. Dezember, kurz vor der Reichskonferenz, als die Brüder zu einer Verhandlung schon gebaut und sogar schon betreten war, predigte einer der christlichen Führer, noch dazu ein Abgeordneter, in einer Bergarbeiterversammlung den Krieg, als er in die Waffen rief: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“, und jetzt in diesen kritischen Tagen, nach dem 2. Januar, kam gleich eine ganze Reihe christlicher Führer und bis ins das Feuer, statt es zu erlösen und die Leute zu beruhigen. Immer und überall diese schwankende Haltung in der christlichen Organisation! Heute mit Vollbampf in den Streik, morgen mit aller Gewalt bremsen!

Immer und überall die schwankende Haltung, immer und überall dieselben Widersprüche, immer und überall dieselbe Verlogenheit und Unechtheit, worüber selbst die katholischen „Petrusblätter“ Ende Dezember schrieben:

„Von Interesse ist es, zu sehen, wie die „Christlichen“ den Mitarbeitern der katholischen Organisationen genau dieselben entehrenden Vorwürfe entgegenzubringen, welche sie selber den Sozialdemokraten gegenüber im letzten Aufruf mit höchster fittlicher Entschiedenheit zurückgewiesen haben. Wo nur bei Beurteilung solcher Fragen das geheime Kriterium maß zu geben sein, welches basale Verhalten heute „Verrat und Niedertracht“ sein läßt, während es vor Jahresfrist als kulturelles erstes Rangestück mußte werten lassen? Uns fällt bei diesem Gebaren das Wort ein, welches von einer kompetenten Stelle jüngst geprägt wurde: „Diese christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine innere Unwahrheit; und deshalb wird sie, wie jede Unwahrheit, an sich selbst zugrunde gehen müssen.“

Die von den „genialen“ Christenführern gepfeifte Zentrums- presse lügt die Komödie in eine erfolgreiche Lohnbewegung um. So schreibt das „Neue Wiener Lager“ vom 4. Januar:

„Die sozialdemokratische Presse fällt in den kräftigsten Tönen über die Führer der christlichen Gewerkschaften her, weil sie im Saarbergbau zum Waffenstillstand geraten haben. Wie bei jeder Gelegenheit, so werden auch jetzt wieder die üblichen Sprüche über „Arbeiterverrat“ angewendet. Es ist das nicht auffallend. Von der Sozialdemokratie ist eine objektive Beurteilung der Sachlage nicht zu erwarten. Je größer die Erfolge der christlichen Gewerkschaften sind, um so größer ist der Verger der Genossen. Dieser Verger ist auch ein Beweis, daß der Gewerksverein im Saarbergbau einen großen Erfolg erzielt.“

Was kleinlaut ist die Zentrums- presse im Ruhrrevier über den „glänzenden“ Erfolg. Die „Essener Volks-Ztg.“ vom 3. Januar schreibt:

„Die Bergwerksdirektion hat zur Arbeitsordnung bestimmte und klare Erläuterungen erlassen, die zur Nichtanerkennung ihrer Handhabung genommen werden sollen. Diese Erläuterungen räumen zu einem großen Teile die von den Bergleuten befürchtete Möglichkeit von Verschlechterungen hinweg und gefährlichen in großen und ganzen den bisherigen Zustand. Vor 14 Tagen hatte man es noch nicht für möglich gehalten können, daß der Fiskus in Sachen der Arbeitsordnung ein solches Entgegenkommen zeigen werde. In der Lohnfrage erklärte die königliche Bergwerksdirektion die Zusage allmählicher Lohnsteigerung unter der Voraussetzung für bindend, daß die Leistung der Bergarbeiter auf der Höhe bleibe, die wirtschaftlichen Verhältnisse sich weiter günstig entwickeln und die Bergarbeiterschaft selbst keine Störungen hervorrufe. Die bindende Zusage einer weiteren Lohnsteigerung wurde sich bei diesen Voraussetzungen bereits im Januar 1913 bemerkbar machen. Das war auch in der Lohnfrage ein greifbarer Erfolg.“

Demgegenüber schreibt die auf „Berliner“ Seite stehende Zentrums- presse das genaue Gegenteil und straft die eine Zentrums- richtung die andere einfach Lügen! Die „Märkische Volks-Ztg.“ vom 1. Januar und mit ihr übereinstimmend auch die „Trierer Landes-Ztg.“, die „Saarbrücker Volks-Ztg.“, die „Neunkirchner Zeitung“ schreiben:

„Es ist auch nicht das geringste später bewilligt oder gemildert worden, was diesen beiden (den Hgg. Dr. Wenz, Köpman und Statfelter) nicht schon in Aussicht gestellt gewesen wäre. Niemand

bestreitet, daß die Forderungen der Bergarbeiter durchaus berechtigt waren, aber es mußte gleichzeitig in Erwägung gezogen werden, einerseits ob sie einen Streik von so gewaltigen wirtschaftlichen Ausmaßen rechtfertigen, und andererseits, ob überhaupt ein Streik Aussicht auf Erfolg bot. Sonst waren die letzten Dinge schlimmer als die ersten. Nun steht aber fest, daß selbst einflussreiche Personen den Streik für aussichtslos erklärt haben. Die Gründe lagen auch auf der Hand. In der Saar herrscht Überfluß an Bergarbeitern. Der Gewerkschaftsleiter der christlichen Gewerkschaften, Effert, hatte selbst laut „Saarpost“ Nr. 174 vom 30. Juli 1912 gesagt, daß der Staat an den Saargruben 20 bis 30 Prozent (also circa 15 000) Arbeiter entbehren könnte. Wenn also der Staat eine Verminderung um 15 000 streikende Arbeiter vertragen kann, wie konnte da ein Streik Erfolg haben?“

In der „Kugsburger Postzeitung“ lagert ein „Muster- und Wahrheitschrift“ folgende Verleumdungen gegen unsere Kameraden ab:

„Der Hauptheld, welcher dem Führer des Gewerksvereins „Ver-räter“ zurück, mußte sich sagen lassen, daß er als Grubenaus-schuh-mitglied am 18. Dezember auf der Inspektion nicht den Mut gehabt habe, für sich die Kündigung aufrecht zu erhalten, wie es die Aus-schuhmänner des Gewerksvereins taten, sondern der Inspektion gegen-über bemerkt, das könne er nicht, er habe eine zahlreiche Familie. Das war derselbe, der mit noch einigen anderen am zweiten Weihnachts-tage in Püttlingen am Bahnhof den sozialdemokratischen Ge-zirksleiter an der Saar zu einer Versammlung abholte. Nebrigens hat auch ein dem sozialdemokratischen Verbands angehörender Grubenaus-schuhmann in einer Versammlung am 17. Dezember in Neunkirchen versprochen, mit den christlichen Arbeitern am 18. De- zember seine Kündigung einzureichen. Als aber die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte, ging er nicht mit, sondern drückte sich.

Die sozialdemokratische Presse und die Redner schreien jetzt in den höchsten Tönen über christlichen Verrat an den Saarberg-leuten. Ganz abgesehen davon, daß ihre örtlichen Führer und Ver-treter der Welegtschaft nicht einmal den Mut zur Kündigung hatten, sagte der erste Beamte des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes an der Saar, Herr Hetterich, zu mehreren örtlichen Führern des Gewerksvereins auf deren direkte Frage: „Unter den veränderten Verhältnissen wäre durch einen Streik nichts mehr herausgekommen.“ „Ich weiß“, so fuhr er fort, „der Streik wäre völlig kaputt gegangen!“

Nach dieser Darstellung hatten unsere örtlichen Führer, also unsere Ausschuhmitglieder und Sicherheitsmänner, nicht den Mut, ihre Kündigung einzureichen, womit das Zentrumsblatt zugestimmt, daß wir im Saarrevier örtliche Führer haben und, so-fern sie Führer sein sollen, müssen auch noch „Geführte“, mithin Mitglieder vorhanden sein. Eine Reihe Zentrumsblätter, dar-unter sogar der „Bergknappe“, brachten im Dezember die sen-tationelle Mitteilung, der Verband habe auf den Saargruben keine Mitglieder, und nun bestätigt uns dieselbe Zentrums- presse, daß sie entweder im Dezember oder jetzt gelogen hat! Aber nicht nur im Dezember hat diese Zentrums- presse gelogen, sondern sie lügt auch jetzt wieder! Unsere Ausschuhmitglieder hatten die Anweisung, sofern sie von Belegschafts- versam-mlungen den Auftrag erhielten, für die Welegtschaft die Kündi-gung einzureichen, mitzugeben, um nicht Unlak zu Streitig-keiten zu geben. Der Beschluß der „christlichen“ Konferenz ging uns und unsere Ausschuhmitglieder nichts, aber auch gar nicht an, und selbst die Beschlüsse der Belegschafts- versam-mlungen hätten wir ignorieren können, wenn es uns nicht darum zu tun gewesen wäre, die Einigkeit hochzuhalten und so sind unsere Ausschuhmitglieder überall mit Kündigung gegangen, wo die „Christlichen“ vorangingen. Auf acht Inspektionen haben aber selbst die „christlichen“ Ausschuh-männer sich geweigert, die Kündigungs- Kom-ö-die mitzumachen.

Kamerad Hetterich hat ebenfalls das nicht gesagt, was die verlogenen Salunken ihm andichten, sondern, daß jeder Streik, den die „Christlichen“ beschließen, schon verloren sei, noch ehe er begonnen hat, weil sie kein Geld zum Streiken haben und un-fähig sind, eine Bewegung zu führen. Was Hetterich gesagt hat, ist eingetroffen und es werden die Saarbergleute das noch ein-sehen, soweit sie es nicht schon eingesehen haben.

Zum Streikabbruch im Ruhrgebiet im Jahre 1905.

Ueber die Streikabmürkungs-konferenz der „rühmlichst be- kannten, in Sturmeswettern erprobten“ Christenführer am 29. und 30. Dezember 1912 in Saarbrücken brachte der „Vorwärts“ (Nr. 2 vom 3. Januar) eine treffende Schilderung, worin u. a. gesagt wurde:

„In dem Versammlungssaal sind wohl nie solche leidenschaftliche Entzündungsanbrüche gehört worden. Tüchtige von Delegierten mel- deten sich höchst erregt zum Protest; schon nachdem einige gesprochen, merkten die Gewerksvereinsführer, daß sie unter solchen Umständen nicht zu dem gesteckten Ziel: Einsetzen, Dummreden der Arbeiter-vertreter, kommen würden. Ueber 30 Redner waren nach einander ge- sprach, noch immer melbeten sich neue. Nur den Rednern für Aufrecht- erhaltung des Streikbeschlusses wurde stürmisch zugestimmt. Da ver- tagten die „berühmten, stürmerprobten Kämpfer“ die Versammlung auf Montag früh 10 Uhr und schickten sich zu einem geheimen Kriegsrat zusammen. Die Creme der M.-Gladbacher Gewerksvereinsführer nahm daran teil, der „schlaue Diplomat“ Adam Segerwald, der un- vergleichenliche „herliche Sohn von Strachelen“ Johann Giesberts, die beiden „Stürmerprobten“ Jambusch, der „imponierende, ener- gische Gewerksvereinsführer“ Johann Effert und wie sie sich alle nennen lassen, die edlen Früchtchen der Münden-Gladbacher Jesuiten- hochschule. Sie berieten insgeheim, wie sie die Bewegung trotz des heftigen Widerstandes der Arbeiter abmürken könnten. Die „schlaunen Opportunisten“ kügelten denn auch ein jesuitisches Verfahren aus, mit dessen Hilfe am Montag zur größten Verbüßung der Ar- beitervertreter eine Mehrheit von 250 gegen 100 — für einen „Waffen- stillstand“, festgestellt wurde. Stögerwald war der „Feststeller“.

Als die „Feststellung“ geschah, war ein Moment lang alles still, dann aber brach der Sturm sondergleichen los! Schreiend forderten die Delegierten einen anderen Abstimmungsmodus, weil der gelübte die Meinung der Versammlung nicht zum richtigen Ausdruck bringe und viele Delegierten die „langatmige Erklärung des Waffenstillstandes“ nicht verstanden hätten. Mit eigener Stirn meien die Gewerksvereins- generäle das Begehren der Arbeiterdelegierten ab. „Wie ein Feld in der Brandung stand die Zentralleitung“, schildert die „Kölnische Volks- zeitung“ begeistert diese Szene. Sie erzählt aber nicht, daß dann Aus- brüche der Mut, der Empörung, der Verzweiflung folgten, die den un- vergleichenlichen Gewerksvereinsgenerälen, wenn sie empfunden haben, was sie angerichtet, die unaussprechliche Vergeltung ahnen lassen konnten. Ergrante Knappen meinten wie die Kinder! Zu leidenschaftlicher Er- zregung drängten zahlreiche Delegierte zu dem Plak, wo ihre „Führer“ sich zusammengedrängt hatten. „Kumpen“, „Spigbuben“, „Arbeiter- ver-räter“, „Heraus mit euch Verrätern“ — so heulte es durch den Saal. Männer, die im Verein als die rühmtesten Agitatoren für den „christ- lichen“ Gewerksverein bekannt sind, Zahlstellersvorsitzende, Arbeiter- ausschuhmitglieder und Sicherheitsmänner erklärten sofort ihren Austritt aus dem Verein, andere meckelten fogleich ganze Zahlstellers ab. „Wir zahlen keinen Pfennig mehr für euch!“, „Keinen Mann werbet ihr behalten!“, „Nun ist die Geschichte aus!“ Solche und viel berbere Zu- rufe bekamen die unvergleichlichen Gewerksvereinsgeneräle aus der sie umtobenden Brandung zu hören. In fürchterlicher Aufregung ging die Delegiertenversammlung auseinander.

Bei einem zum Schluss auf die Einigkeit der Gewerksvereins- führer gebrachten Vorschlag blieb ein Teil der Versammlung sitzen, schreibt her-

schämt selbst die „Kölnische Volkszeitung“. Damit läßt sie mehr von dem beispiellos tumultuarischen Verlauf dieser denkwürdigen Ab- mürkungs-konferenz ahnen, wie den Machern lieb sein dürfte.“

Diese Schilderung entspricht durchaus der Wahrheit, wie durch Tüchtige von Zeugen bewiesen werden kann. Trotzdem behauptete der „Bergknappe“ (Nr. 2 vom 11. Januar), der Ver- fasser habe sich dieselbe aus den Fingern gelogen, und fährt dann fort:

„Leider müssen wir den Ruhm dieses Federhelms etwas zerstreuen. Die Geschichte war wirklich noch nicht ein Zehntel so schlimm, wie er es darstellt. Gewiß war etwas Erregung da. Das ist bei solchen Ge- legenheiten immer der Fall. Auch sind einige kräftige Worte gefallen. Das ist auch sonst nicht selten. Es hat sich aber kein Delegierter so betragen, wie der jetzige Redakteur der „Bergarbeiter-Ztg.“, Wagner, beim Abbruch des Streiks von 1905 im Ruhrgebiet.“

Diese dreiste Entstellung der Tatsachen zwingt mich, eine wahrheitsgemäße Darstellung des Sachverhalts zu geben, um Legendenbildungen vorzubeugen. Gewiß war ich mit dem Streik- abbruch 1905 nicht einverstanden und ich habe das auch zum Aus- druck gebracht. Ich habe aber niemand beschimpft, niemand einen Kumpen, Spigbuben oder Arbeiterverräter genannt, wie es in der Saarbrücker Streikabmürkungs-konferenz geschehen ist. Vor mir brauchte sich der „rühmlichst bekannte, sieggewohnte, in Sturmeswettern erprobte“ Effert nicht zu schütten und in den oberen Räumen des von de Rooschen Lokals in Essen zu verbergen. Meine Haltung in der Konferenz am 2. Februar 1905 in Essen, wo der Abbruch des Ruhrbergarbeiterstreiks beschlossen wurde, stützte sich auf durchaus sachliche Gründe und ernste Beschränkungen, die sogar — ich bitte die „rühmlichst bekannten, in Sturmes- wettern erprobten“ Christenführer, nicht auf den Mäcken zu fallen — von der „Köln. Volks-Ztg.“ geteilt wurden. Das führende Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, brachte in Nr. 113 vom 8. Februar 1905 (erste Abendausgabe) einen Artikel an erster Stelle, betitelt: „Vor der Entscheidung“, worin u. a. aus- geföhrt wurde:

„Wir haben den Führern der Bergarbeiter keine Rat schläge zu geben; sie müssen selbst am besten wissen, was die Lage erfordert. Die im gegenwärtigen Augenblick besonders reichlich fliegenden Rat schläge, aus solchen Kreisen und von solchen Blättern, die sich aus was immer für Gründen als offene oder verkappte Anhänger des Bergbauischen Vereins erwiesen haben, werden sicher gar keinen oder vielmehr einen sehr schlechten Eindruck auf die Bergleute machen; sie können so an deren Aufrichtigkeit nicht glauben. An der Ehrlichkeit unseres In- teresses für die im Auslande befindliche Bergarbeiterschaft wird diese sicher nicht zweifeln; die „Köln. Volks-Ztg.“ war das erste große bürger- liche Blatt, welches sich, ungeachtet der tadelswerten Nichtachtung der Kündigungsfrist, resolut auf ihre Seite gestellt und diese Stellung- nahme konsequent behauptet hat. Sie hat daher wohl einen Anspruch, gehört zu werden.“

Als die Vergeseknovelle angekündigt wurde, haben viele, und zwar auch wohlmeinende Blätter den Bergarbeitern geraten, im Ein- blick auf diese Ankündigung die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Dem haben wir uns nicht anschließen können, es vielmehr durchaus be- greiflich gefunden, daß die Bergarbeiter sich zuwarzend beschließen im Hinblick auf die Unsicherheit des Schicksals der Novelle im preußischen Landtage. Die Bergarbeiter und ihre Führer können nicht fähig sein als die Düpierten dastehen; das ist die denkbar schlechteste Pose im öffentlichen Leben. Ganz abgesehen von den Nationalsozialisten, denen zum großen Teil in dieser Sache gar nicht zu trauen ist, haben nicht konservative Parlamentarier und konservative Blätter eine recht zweifel- hafte Haltung eingenommen, so daß jetzt der „Reichsbote“ ihnen ein- dringlich zureden zu müssen glaubt, „die Aktion der preußischen Re- gierung zu unterstützen“.

Eine Gewisheit besteht aber in dieser Beziehung nicht; die Novelle ist auch, trotz alles Drängens, nicht so früh eingebracht worden, daß man die Stimmung im Landtage klar hätte erkennen können. In dieser Ungewisheit konnte und kann man den Bergarbeitern nicht zu- muten, wegen der bloßen Ankündigung der Novelle, so wertvoll diese Ankündigung auch sein mag, die Arbeit wieder aufzunehmen.

So unsicher aber der preußische Landtag in der Bergarbeiterfrage ist, so sicher würde der Reichstag sein, wenn er mit einer Vorlage im Sinne der angekündigten Novelle, über deren Inhalt der Artikel in Nr. 111 der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 7. dieses Monats zu- verlässliche Angaben machte, befaßt würde. Es ist nicht der mindeste Zweifel, daß der Reichstag eine solche Vorlage mit großer Mehrheit glatt annähme. Die sozialpolitische Temperatur im Reichstage ist eben eine ganz andere. Auch die sozialpolitische Stellung der maßgebenden Reichsinstanzen ist eine weit glünstigere als diejenige der zunächst in Betracht kommenden preußischen Staatsmänner. Der Beschluß, dem preußischen Landtage eine Vergeseknovelle vorzulegen, ist ja, wie man allgemein annimmt, auf die Einwirkung von Reichsinstanzen zurück- zuföhren. Ernstliche Kompetenzbedenken bestehen nicht, wie die Ver- handlungen im Reichstage klar bewiesen haben.

Unseres Erachtens würde daher die Lage für die Bergarbeiter erheblich geändert sein, wenn eine Gewähr dafür bestände, daß im Falle der Ablehnung oder erheblicher Verschlechterung der Vergeseknovelle im preußischen Landtage, der Reichstag alsbald mit einer entsprechen- den Vorlage befaßt würde. Diese Gewähr kann alsbald gegeben werden. Auch der Reichskanzler rät den Bergarbeitern, die Arbeit wieder auf- zunehmen; er könnte in wirkungsvollster Weise ihnen diesen Entschluß erleichtern oder ihnen denselben nach unserer Auffassung überhaupt erst ermöglichen, wenn er eine Gewähr in diesem Sinne übernehme. Der Verhandlungen mit den Bergarbeiterführern schreut ja der höchste Reichsbeamte nicht zurück; das tut nur in seiner überspannten Selbst- herrlichkeit der Bergbauische Verein.

Mögen die berufenen Führer der Bergarbeiter mit dieser Frage in der morgigen Konferenz einmal ernstlich sich beschäftigen. Wir drängen ihnen auch hier keinen Rat auf, sondern unterbreiten ihnen lediglich eine Erwägung. Die Lage der Bergarbeiter ist eine recht schwierige; eine Fortführung des Ausstandes legt ihnen und ihren Familien die schwersten Opfer auf. Die Führer der Bergarbeiter haben sich das ja auch von Anfang an nicht verhehlt und darum vom Zentralausstand eindringlich abgeraten. Wer es gut mit den Berg- leuten meint, muß Mittel und Wege suchen, wie sie in Ehren zur Wiederaufnahme der Arbeit gelangen können. Wäre hier nicht ein Weg gewiesen? Die Verbindung mit dem Reichskanzler ist ja durch das Telegramm der Eisenwerkmission und die Antwort des Grafen Wälow hergestell; man sollte suchen, sie fruchtbar zu machen.“

Der langen Ausführungen kurzer Sinn ist: Der Reichs- kanzler muß die Gewähr bieten, daß ein Reichsberggesetz geschaffen wird, falls der völlig unzuverlässige Landtag die Vergeseknovelle ablehnt oder erheblich verschlechtert. Nur dadurch kann es den Bergarbeitern ermöglicht werden, die Arbeit wieder auf- zunehmen.

Das entsprach ganz meiner damaligen Meinung, die durch diesen Artikel noch wesentlich gefördert wurde. Bei Beginn der Konferenz, welche den Streikabbruch beschloß, ohne daß eine Ge- währ in dem angegebenen Sinne gegeben war, befand sich die In- stanz der „Kölnischen Volkszeitung“, welche vorstehenden Artikel enthielt, schon in meinem Besitz. Ich besitze sie auch heute noch und lese den Artikel immer wieder, um mir die Doppel- züngigkeit des Zentrums ins Gedächtnis zu rufen. Denn mit Hilfe des Zentrums ist dann die Vergeseknovelle im preußischen Landtage derart verhungert worden, daß selbst der „Bergknappe“ schrieb: „Man hat den Bergleuten Steine ge- geben statt Brot“, und das Zentrumsorgan, die „Metnisch- Bettendorfer Zeitung“, vollen Lohn bemerkte: „Ob die Re- gierung den gerufenen Vogel ans dem Lande

der Theorie — gemeint war das vom Landtag verhängte Gesetz — noch als den ihren anerkannt? Das Zentrum hat sogar ein Reichsberggesetz verhindert. Sagte doch der Zentrumsgewerkschaftsleiter am 18. Mai 1905 im preussischen Landtag:

„Ich meine, es ist unsere Pflicht, daß wir auch im preussischen Landtag das Interesse der Arbeiter möglichst weit vertreten und es nicht dahin kommen lassen, daß das Gesetz möglichst im Reichstage zur Beratung gelangt.“

So sehen Worte und Taten des Zentrums aus! Selbstverständlich war der Artikel der „Königlichen Volkszeitung“ bei der damaligen erregten Situation Del ins Feuer und auch ich wurde in meiner Stellungnahme dadurch wesentlich bekräftigt. Bei Beginn der Konferenz meldete ich mich nicht gleich zu Wort, weil ich die Berichte aus den anderen Revieren erst hören wollte. Dadurch kam ich ins Hintertreffen und mußte, weil die Zeit drängte, befürchten, überhaupt nicht mehr zu Wort zu kommen. Ich meldete mich darum, als die Redezeit auch noch auf fünf Minuten beschränkt wurde, zur Geschäftsordnung und erklärte:

„Ihr (die Delegierten) habt kein Recht, in dieser Weise über die Köpfe der großen Masse hinweg zu entscheiden. Wenn unter diesen Umständen ein Streikabschluß zustande kommt, kann ich denselben nicht als zu Recht bestehend anerkennen, werde mich einem solchen Beschluß darum auch nicht fügen.“

Die „Christen“ überschütteten mich darauf mit stürmischen Apfelfüssen, nannten mich einen Lumpen und brüllten mich nieder. Da sprang Emil Becker erregt auf und rief zu den „Christen“ gewandt:

„Wenn ihr den Wagner auch hundertmal einen Lumpen nennt, dann bleibt er doch ein braver, ehelicher Kerl.“

Darauf wurde auch Becker von den „Christen“ niedergeschrien. So sah ich, der den Vorfall führte, sagte:

„Wenn sich Wagner nicht fängt, stellt er sich außerhalb der Organisation.“

Als dann der Streikabschluß beschlossen war, erklärte Kamerad Güe:

„Becker und Wagner zählen zu unseren besten und opferwilligsten Vätern, sie werden sich, so wie ich sie kenne, jetzt auch diesem Beschluß nachher er gefascht ist, fügen und Disziplin halten.“

Das wurde von Becker auch in meinem Namen zugesichert. Damit war der Zwischenfall erledigt. Den Vorgängen, die sich dann außerhalb der Konferenz abspielten, standen ich wie auch Becker völlig fern.

Daß meine Befürchtungen begründet waren, hat die Folgezeit erwiesen. Nur einen Faktor hatte ich nicht in Betracht gezogen: Die Klassenverhältnisse des Gewerksvereins! Ich war damals noch Bergmann und kannte folglich die Klassenverhältnisse des Gewerksvereins nicht so genau. Mir war es nicht bekannt, daß unser Verband bereits Hunderttausende hatte hergeben müssen zur Unterstützung der Gewerksvereinsmitglieder, daß aber noch weit höhere Summen für diesen Zweck notwendig waren, wenn der Kampf fortgesetzt wurde. Der Streik mußte also nur deshalb erfolglos abgebrochen werden, weil es unserem Verband nicht möglich war, die ganzen Kriegskosten allein aufzubringen. Darüber schrieb die „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 9 vom 4. März 1905):

„Es haben an Sammelgeldern aufgebracht (quittiert in den Vereindorganen, datiert vom 25. Februar) der Gewerksverein 250 144 Mark, der Bergarbeiterverband 1 438 290 Mark! Die polnische Vereinigung konnte nur 8000 Mark quittieren; da sie absolut nicht in der Lage war, davon auch nur ihre eigenen Mitglieder neuemswert zu unterstützen, so übergab der Vorstand der polnischen Vereinigung dem alten Verband das Geld; in unserer Summe stecken demnach die 8000 Mark, die der Polenverein aufbrachte. Für sich allein brachte der Verband also 1 430 290 Mark auf, oder mehr als fünfmal so viel wie alle anderen Organisationen zusammen!!! Berechnet man die aufgetragenen Gelder auf pro Mitglied vom Beginn des Streiks, dann ergibt sich dieses lehrreiche Resultat: Die polnische Vereinigung (10 000 Mitglieder) vereinnahmte 80 Pf., der Gewerksverein (40 000 Mitglieder) 6,50 Mk., der alte Verband (60 000 Mitglieder) 23,50 Mk.!!! Da erst nach der dritten Streikwoche regelrechte Unterstützung auszufragen war, hätte unser Verband jedem Mitgliede allein aus den Sammelgeldern zwei Wochen lang die volle Unterstützung auszahlen können; der Gewerksverein und die Polenvereinigung konnten aber nicht einmal eine Woche ihre eigenen Mitglieder von den Sammelgeldern unterstützen! Wie angesichts dieser unerhörten Tatsache gesagt werden kann, der Gewerksverein habe den Hauptteil der Unterstüßungen geliefert, ist einfach unbegreiflich.“

Die Sammelgelder und das aus den Klassenbeständen entnommene Geld ist kameradschaftlich zusammengefordert worden, wie sich das in einem solchen Riesenkampf der vereinigten Bergarbeiterarbeit von selbst versteht. Woher stammten die Gelder? In den Gewerksvereinen fanden naturgemäß alle ihm nahestehenden „christlichen“ Arbeiterorganisationen und die übrigen nichtsozialdemokratischen Bürgervereine. Die Bürgervereine im Ruhrgebiet hatten sich in dankenswerter Weise hervorragend benehmen, an der Beschaffung von Naturalien beteiligt. Wo sind aber die sonst so ruhmbetragenden auswärtigen „Gönner“ des „christlichen“ Gewerksvereins während des Streiks gewesen??? Zieht man die „warmen Worte“ der zum großen Teil sehr vermögenden Gewerksvereinsprotektoren in Betracht, dann erscheint ihre tatsächliche Hilfe äußerst lässlich. Die Gewerksvereinsmitglieder haben die Wahrheit des Sprichwortes erfahren: „Freunde in der Not gehen hundert auf ein Volt!“ Nur 250 000 Mark sind dem Gewerksverein zugesprochen, das ist eine sehr minimale Summe, wenn man bedenkt, welche Geldmittel seinen „christlichen“ Gönnern zur Verfügung stehen! Der Gewerksverein ist im Stich gelassen worden von den „warmen Gewerksvereinsfreunden“, darüber hilft kein Verhüllen hinweg, das haben auch Gewerksvereinskameraden instimmig ausgesprochen! Hätten die reichen „Freunde“ des Gewerksvereins, die mit schönen Worten sehr freigebig sind, auch einmal recht tief in die Tasche gefaßt, dann war es der Streikleitung möglich, den Kampf viel wirksamer zu führen. Die Gewerksvereinsleitung trifft natürlich keine Schuld, sie hätte sich gerne das vier- und fünffache an Unterstützungsgeldern an die gewerkschaftliche Kasse geliefert, wenn das Geld nur käme. Nur, unter der polnischen „Gewerkschaftsfreunden“ gibt es sehr reiche Leute, Millionenäre; auch sie haben ihre in der Not getränenen Spruchauslassungen jämmerlich vergessen.

Der Bergarbeiterverband hat von seinen Freunden über 1 400 000 Mark erhalten! Die höchste Einzelsumme sandte der Kaiser der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Albin Gerich in Berlin, nämlich fast 250 000 Mark. Hunderttausende Mark sandten die freien Gewerkschaftszentralen und -Kartelle. Die freigewerkschaftlichen und die sozialdemokratischen Spender haben sich als opferwilligste Bergarbeiterfreunde bewiesen, mit sozialdemokratischem Geld! Und auch viele laienhafte „christliche“ und polnische Kameraden unterstützen worden! Ohne die Hilfe der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Geldder hätte der Generalstreik wegen Mangel an Unterstützung nicht in dem Maße geführt werden können wie es geschah. Das wissen auch die Nichtverbandsmitglieder sehr gut, das muß auch um der Wahrheit willen ausdrücklich festgesetzt werden gegenüber den Verjuden, die „Bergmannsfreunde“, die die Generalstreiker im Stich gelassen haben, jetzt wieder als die wahren Arbeiterfreunde rein zu waschen. Zum Kriegszweck gehört Geld, große Summen sind nötig! Schreibt mir recht bald an der „Kampfbahn“, wegen Geldmangel mußte der Streik abgebrochen werden, damit die Kameraden nicht in die Hände der Regierung fallen. Die Regierung hat die Arbeiter in der Not mit guter Lat zur Seite stand.“

erfüllen wie nur die Pflicht der Dankbarkeit, wenn wir den Kameraden zeigen, wer uns in der Not mit guter Lat zur Seite stand.“

Insgesamt hat unser Verband allein durch Sammlungen aufgebracht über 1 800 000 Mark, das sind pro Mitglied über 30 Mark. Hätten die übrigen Organisationen auch nur annähernd soviel aufgebracht, könnte der Generalstreik nach Lage der Verhältnisse mit Erfolg durchgeführt werden. Er ging nur verloren, weil unser Verband allein die Kriegskosten nicht aufbringen konnte und die anderen Organisationen von ihren „Freunden“ im Stich gelassen wurden. Unser Verband hat 1905 ein Beispiel von Kameradschaftlichkeit gegeben, wie es in der Geschichte der sozialen Kämpfe einzig dasteht.

Um so nichtswürdiger und charakterloser ist darum aber auch die ganze seitherige Haltung der „Christenführer“. Ohne jeden Anlaß nannten sie mich 1905 einen Lumpen, obwohl meine Erklärung sich aus den Verhältnissen heraus begründete und durch die parlamentarischen Maßnahmen gehalten war. Auf Grund ihrer seitherigen Haltung, besonders beim Ruhrbergarbeiterstreik 1912 und neuerdings im Saargebiet läßt sich diese Bezeichnung heute mit viel größerem Rechte auf die Christenführer anwenden.

Theodor Wagner.

Aus dem Reichstag.

Am Montag, den 18. Januar, begann im Reichstag die zweite Beratung des Staats des Reichstags des Innern, wobei das Gebiet der Sozialpolitik, die Wünsche und Klagen der Arbeiter besprochen wurden. Der Abgeordnete Richard Fischer (Sozialdemokrat) geißelte in scharfer Form den Stillstand der Sozialpolitik, woran die bürgerlichen Parteien mehr die Schuld trügen, als die von den Junkern abhängige Regierung. Der Schutz des Geldbesitzes der Junker und deren Willen sei oberstes Gesetz der Reichsregierung. Ueber die Gewerkschaftsfragen und das Koalitionsrecht führte Fischer aus:

„Es ist eigentümlich, daß der Staatssekretär jetzt von der Tribüne des Reichstags herab den Unternehmern den Weg zeigt, wie sie den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen können. Die juristische Möglichkeit dazu bestreite ich nicht, ich glaube ihm aus dem Munde die beruhmtesten juristischen Autoritäten auf seiner Seite hat. Mein Vertrauen zu den Juristen ist ganz unbegrenzt, und ich zweifle gar nicht daran, daß jeder tüchtige Jurist es fertig bringt, aus einem Gesetz das Gegenteil dessen herauszuinterpretieren, was der Gesetzgeber hat hineinsetzen wollen. (Sehr. Zustimmung b. d. Soz.) Und wenn das Reichsgericht solche Interpretationen begünstigt hat, so wundere ich mich darüber erst recht nicht. Das Reichsgericht ist ja von jeher nur das Instrument gewesen, das der Regierung die juristischen Gründe für ihre Politik zu liefern hatte. Schon vor seiner Gründung hatte man es ja in diesem Verstande, und deswegen wurde es nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig verlegt. Freilich wurde damit der Boden zum Gärtner gemacht, denn derartige Urteile, wie sie das Reichsgericht schon gefällt hat, sind nur im Leipziger Willen möglich gewesen. (Sehr. richtig! bei den Soz.) Es handelt sich aber gar nicht um die formaljuristische Seite, sondern um die soziale. Wenn das Gesetz so lautet, wie der Staatssekretär es heute interpretiert, so wäre es seine Aufgabe, eher heute wie morgen vor den Reichstag zu treten und die Forderung eines Gesetzes vorzuschlagen, das sozial so schädlich, so widerständig, so gemeingefährlich ist. (Sehr. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär erklärt die Staatsbetriebe für nicht gewerblich, weil sie keine wirtschaftlichen, sondern öffentlichen Interessen verfolgen. Gewiß gibt es solche, aber die, von denen die Rede ist, sind wirtschaftliche Betriebe. Wenn der Staat wirtschaftliche Funktionen übernimmt, hören diese dann auf, wirtschaftliche Funktionen zu sein? Wenn das Reichsmonopol zum Vorteil und auf Wunsch der Deutschen Staat zum Nachteil angenommen wird, ist dann die Frage, ob der Ausschuss, der das Petroleum ausführt, 2 oder 3 Mark erhält, nicht mehr eine wirtschaftliche Frage, sondern eine öffentliche Interessenfrage? Wenn das Tabakmonopol kommt, ist dann die Frage einer Lohnhöhung von 60 Pf. bei Jostell eine wirtschaftliche Frage, in der staatlichen Tabakfabrik aber keine? Es ist ein schreckliches, ein schweres Unrecht, daß die staatlichen Betriebe nicht der Gewerbeaufsicht unterstellt werden. Mit denselben Mitteln, mit welchen die Krupp und die Stumm jahrzehntlang den Arbeitern die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, sogar die Ausübung des Eherechts verboten haben, arbeitet auch der Staat.“

Da frage ich das Zentrum: Hat es denn schon ganz und gar vergessen, wie in den staatlichen Gruben des Saarreviers die Arbeiter ihrer politischen und religiösen Anschauungen wegen drangalierter und vergewaltigt worden sind? Und wenn das Zentrum es als Partei vergessen hat, haben es die katholischen Arbeiter vergessen? Wenn das Zentrum nicht mit allen Mitteln der Parteiführung jeden Funken sozialen Geistes erstickt hätte (Sehr. richtig! bei den Soz.), so hätte der Zentrumsvorstand hier gegen den Minister auftreten müssen. Sehen denn die Führer der katholischen Arbeiter nicht, daß diese Erklärung des Staatssekretärs der schwerste Schlag gegen die Arbeiterbewegung ist, daß sie ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter, eine Rechtsmännung der Arbeiter proklamiert? Wenn von dem maßgebenden Minister solche Proklamation ausgeht, werden die Unternehmer das als eine Auforderung auffassen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. (Sehr. richtig! bei den Soz.) Ungeachtet seiner politischen Überzeugung hätte jeder Arbeitervertreter dagegen auftreten müssen. Aber die Zentrumsvorstand und Arbeitervertreter finden kein Wort des Tadelns dagegen, sie jubeln ihm sogar zu zur Freude der Arbeiterfeinde, weil er den Terrorismus der freien Gewerkschaften geißelt hatte. Gewiß kommen auch bei den freien Gewerkschaften Fälle von Terrorismus vor. Ich bedauere jeden derartigen Fall, weil er zum Vorteil der Unternehmer gereicht, weil er die Gegenstände und Lebewesen unter den Arbeitern schürt und ihre Kräfte zersplittert, die besser zum Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zusammengefaßt werden. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Sind Sie aber frei von Schuld? Wissen Sie denn nicht, daß die Kämpfe um die Organisationsform von jeher in der erbittertesten Weise ausgefochten worden sind? Die Kämpfe um die Organisationsform haben jahrzehntlang die Arbeiter zum Verbium der Unternehmer wehrlos gemacht. Ihr Vorgehen gegen die süddeutschen Eisenbahner nimmt Ihnen jedes sittliche Recht, gegen uns Klagen über Terrorismus zu erheben. Weber Sie, noch die Regierung, noch irgend eine bürgerliche Partei hat das Recht, solche Klagen gegen uns zu erheben. Sie proklamieren den Grundgesetz, kein Sozialdemokrat darf in den Staatsbetrieben beschäftigt werden, jeder Arbeitgeber hat das Recht, sozialdemokratische Arbeiter ihrer Meinung wegen auf die Straße zu werfen. Sie jubeln dem Minister zu, wenn er den Arbeitern das Koalitionsrecht raubt, wenn er den ehrlichen Arbeiter zwingt, einen Hevers zu unterschreiben, den ungeschwungenen nur ein Christler unterschreibt. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Und wenn die Arbeiter stark genug geworden sind, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, dann können Sie und Lagen über Terrorismus. Wollen Sie, daß der Terrorismus aufhört — auch ich wünsche das lebhaft im Interesse der Arbeiter — dann kämpfen Sie Hand in Hand mit uns, aber Sie müssen schon warten, bis wir so stark sind, jeden Terrorismus von Ihrer Seite und von seiten der Regierung niederzuschlagen. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.)

Aber die „christlichen“ Arbeitervertreter sind ja tatsächlich in einer ungeschwundenen Situation. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Bieleicht ist die Liebeserklärung des Staatssekretärs Bedürfnis an die „christlichen“ Gewerkschaften eine Folge der päpstlichen Arbeiterbewegung durch die Erklärung des Papstes das Kundrat gegeben war. Was diese neue Liebe wert ist, haben wir ja am Sonntagabend im preussischen Landtag aus dem Munde des Handelsministers Schow erfahren. Er hat Sie für besonders tapfer erklärt, weil Sie die Arbeiter nicht zum Streifen zu bewegen haben. Wenn aber die christlich-sozialen Bergarbeiter mit der Überzeugung der Arbeiter, die ihnen verprochen ist, ernst machen, dann fliegen sie auf die Straße. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Ja, wenn sie Sturmbrüche wären gegen die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung, wenn sie Herrscherbrüche leisten wollten gegen ihre Klassenengenossen, wenn der Staatssekretär Vorber auf Vorber auf sie kämen. In dem Augenblick aber, wo sie für die Interessen ihrer Klassenengenossen eintreten, ist es anders. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Die päpstliche Enghilts ist ein Dokument von der höchsten Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung. Ich will nicht auf den Wortlaut und die Interpretation der Enghilts eingehen. Ich weiß sehr wohl, daß es nur eine Vorbedingung des allgemeinen Streiks des Reichs war. Gegenüber dem Reichstag ist: „Der Staat ist im Recht!“. Wir fällt bei der Interpretation der Enghilts eine alte Wahrheit ein. Ein Wadgen liegt

traurig in der Kirche, als alle andern hinausgingen, und war schließlich ganz allein. Ein Kapuzinerpater fragte sie, was ihr denn so Traurig passierte sei, und schluchzend gesteht sie, sie habe keine Absolution erhalten wegen ihrer großen Begehr bei der Liebe. Der Kapuzinerpater tröstete sie dann mit den Worten: „O mein Weib, was verzeihst denn dich ein Jesuitenpater von der Liebe!“ (Große Heiterkeit.) So sagen sich auch die Bischöfe: was verstehen denn die spanischen und römischen Beloten im Vatikan von den Wegen der deutschen Zentrumspolitik, wenn wir so dumme wären, diese Enghilts im Wortlaut anzuwenden, so würden wir das Zentrum sprengen, zu Tausenden würden die katholischen Arbeiter vom Zentrum abfallen. Keiner Auffassung nach ist diese Interpretation nur das Naziotikum, das die Empfangskamergen lindern soll. (Sehr. Zustimmung.)

Die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung soll verschwinden, das ist der Sinn der Enghilts. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Was soll der Arbeiter sein, daß nur der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter um die Hebung ihrer Klassenlage, um höhere Löhne, um die Hebung ihrer Familie durch die Enghilts unterbunden wird? Wer hat denn von dieser Enghilts den Gewinn? Doch nur die Unternehmer. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Fürsich Jahre Kampf haben die „christlichen“ Gewerkschaften hinter sich. Sie haben da ihre Freunde und Feinde kennen gelernt, und auch die Macht ihrer Feinde, und wenn es dem Zentrum ihrem letzten Bergarbeiterstreik gelungen ist, sie so zu verheizen, daß sie ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken gefaßt sind, so hat der Verrat der katholischen Facharbeiter den „christlichen“ Gewerkschaften den Weg gezeigt, den der Papst mit der Enghilts geben will. Die katholischen Arbeiter werden sich fragen, warum denn bloß gegen die Arbeiter eine solche Enghilts, warum nicht auch gegen die Unternehmer, warum stehen denn diese nicht Gefahr an ihrem Seelenheil, wenn sie mit Protestanten, Juden, Arbeitern, ja sogar mit Freimaurern (Sehr. Zustimmung) sich gegen die Arbeiter verbinden. Die Arbeiter leiden Schaden an ihrem Seelenheil, wenn sie sich zusammenschließen, um die Ausbeutung der Unternehmer, Christen und Freimaurern zusammenzuschließen, um den Arbeitern ihre Existenz zu verschleiern, dann kommt kein Papst und kein Bischof und sagt, das dürft ihr nicht ohne unsere Approbation, wir werden erst untersuchen, ob ihr nicht Schaden an eurem Seelenheil erleidet. Ein päpstlicher Hofsekreter hat seine katholischen Arbeiter ausgesperrt, weil die Arbeiter in einem proletarischen Betriebe Lohnaufbesserung verlangt haben. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Die Regierung bestreitet es, wenn durch die Enghilts der „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung Abbruch getan würde; sie braucht diese Bewegung ja so notwendig. Wie könnte sie denn sonst die „unehrliche“ Forderungen der Arbeiter zurückweisen?

Die Staatssekretär hofft, daß die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung durch die Enghilts nicht beeinträchtigt wird und daß die Bischöfe sich nicht einmengen werden. Ich bin neugierig, ob die Regierung in solchem Fall den Bischöfen einzugestehen wird, ob sie es etwa bei dem Bischof Norum getan hat, der seine Finger bei dem Streik im Saarrevier darin hatte. Wenn der Papst sich unterfangen hätte, den Unternehmern herauszugeben hätte, wenn er sich unterfangen hätte, den Unternehmern solche Summen zu stellen wie den Arbeitern, dann hätte der Staatssekretär sich eine solche Einmischung von außen sehr ernstlich verboten. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Aber er weiß genau so gut wie wir, daß der Papst ihn nie in eine solche Situation bringen wird. Das Papsttum hat es immer mit den Mächtigen der Welt gehalten, zu allen Zeiten, und wenn der Sozialismus einmal die Welt erobert hat, so werde ich keinen Augenblick daran, daß sich auch das Papsttum zum Sozialismus bekennen wird. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Wie alles, was eine Erklärung bringt zwischen den Arbeitern und der Kapitalistenklasse, begrüßen wir auch die Enghilts. Die Enghilts hat uns diese Erklärung gebracht, sie zeigt, daß die katholische Kirche es mit dem Unternehmertum hält und gegen die Arbeiterfront macht. (Sehr. Zustimmung bei den Soz.) Diese Stellungnahme bedauern wir (Zuruf vom Zentrum), wir bedauern es immer noch, wenn eine Organisation, die zur Vertretung der Rechte der Arbeiter geschaffen ist, vernichtet wird, denn wir haben so viel Vertrauen zur Werkkraft unserer Gedanken, daß wir eine Konkurrenz der „christlichen“ Gewerkschaften nicht fürchten. Aber andererseits wissen wir auch, daß die Enttäuschten und Erbitterten von den anderen Organisationen zu uns kommen werden, gemäß nicht gleich, aber wir können ja warten, wenn unser Reich ist nicht von heute. Wenn aber der Tag da ist, wo diese Erbitterten und Enttäuschten sich auf sich selbst besonnen und den Weg zu uns gefunden haben werden, dann werden wir die Regierung zwingen können, eine wirkliche Sozialreform einzuführen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Preispolitik des Kohlenstus in Oberschlesien.

Am 24. Oktober 1912 fand die Sitzung der Oberschlesischen Kohlenkonvention statt, welche die Aufgabe hatte, sich mit Preisrückführungen für Winterkohlen zu beschäftigen. Dabei zeigte sich, daß der ober-schlesische Bergpreis genau wie die Oberschlesische Kohlenkonvention die Inlandpreise erhöht und dem Auslande nach wie vor königlich-preussische Kohlen wesentlich billiger verkauft! Die königliche Bergwerksdirektion in Bahrge teilt ihre Absatzgebieten geographisch in drei Gruppen: Innengebiet, Ferngebiet und Ausnahmsgebiet. Für das Innengebiet sind die Kohlen am teuersten, im Ferngebiet sind sie schon etwas billiger und in den Ausnahmsgebieten, an der Grenze und über der Grenze verkauft der Stalus seine Kohlen per Tonne um 40, 80, ja 100 Pfennige billiger! Für das Inland hat der ober-schlesische Kohlenstus die Preise der einzelnen Kohlenarten seit Frühjahr 1912 wie folgt planmäßig in die Höhe getrieben (in Pfennig):

Kohlenorte	Steigerung gegenüber dem vorher gültig gewesen Preise		
	April 1912	September 1912	Jan. 1913
Stüd., Würfel, Rußkohlen I	+ 50—70	+ 50	—
Rußkohlen II	+ 50—70	+ 20	+ 20
Erbstohlen	+ 50—60	+ 50	+ 50
Förderkohlen	+ 50	+ 20	+ 20
Reinstohlen	+ 50—70	+ 40—50	+ 50
Grieskohlen	+ 50	+ 50	+ 50
Staubkohlen	+ 20	+ 180	+ 80

Die Tonne Stüd., Würfel, Rußkohlen I ist auf 18,80 Mark getrieben, die Tonne Rußkohlen II auf 12,10 Mk. Rußkohlen II sind also in dreiviertel Jahren um 0,90—1,10 Mk. verteuert worden, das sind bald 10 Prozent! Zum Teil ist die Steigerung noch wesentlich höher, z. B. bei Staubkohlen, wo sie rund 15 Prozent ausmacht. Der Kohlenstus, das gleich ob in Rheinland-Westfalen, im Saarrevier oder in Oberschlesien, ist überall derselbe; er wuchert genau so wie das Rheinisch-westfälische Kohlenstus über die Oberschlesische Kohlenkonvention, er heizt ebenso planmäßig wie diese den deutschen Konsumenten aus und verkauft seine Kohlen im Auslande billiger. Er sorgt systematisch mit dafür, daß die Konjunktur wegen hoher Rohmaterialienpreise verschlechtert wird.

Knappschäftliches.

Die zwei „christlichen“ Vertreter für die Zulassung des Saarbrüder Knappschäftvereins als Ersatzstelle.

Als am 26. Oktober 1912 die Ersatzklasse (Angestelltenversicherung) auf der Tagesordnung stand, war es einzig und allein der Verbandsälteste A. Levin von Ottweiler, der gegen diese Ersatzklasse sprach und sich bemühte, die Rechte der Bergarbeiter im Saarbrüder Knappschäftverein zu vertreten und sie vor späterem Schaden zu bewahren. Da seine Ausführungen von Nutzen für unsere Kameraden sind, geben wir dieselben hier wieder. Klein führte aus: „Ich kann den Beamten die Vorteile sehr gut gönnen, aber ich kann nicht zugeben, daß dieselben ihnen auf Kosten der Arbeiter gewährt werden, und dies ist hier ein solches der Fall. Um dieses zu beweisen, will ich einmal die Wochenbeiträge der Beamten mit denen der Arbeiter vergleichen und wir werden sehen, wie gegenüber den Arbeiterpensionen die Beamten bei ihrer Pensionierung im Vorteil sind, gemessen an den bezahlten Beiträgen. Die wöchentlichen Beiträge in diesen acht Klassen betragen teils: Die wöchentlichen Beiträge sind 26,01, geteilt durch 8 = 3,25 Mk. 28,01 Mk. Der Durchschnitt ist 26,01, geteilt durch 8 = 3,25 Mk. 1,73 Mk. Den wöchentlichen Durchschnittbeitrag der Beamten teilt durch den der Arbeiter 3,25 Mk. : 1,73 = 1,88 Mk. Die Beamten zahlen also 1,88 Mk. pro Woche mehr wie die Arbeiter. Nach zehn Jahren beträgt nun der Durchschnitt der monatlichen Pension in allen Klassen für die Beamten 40,84 Mk. Der Arbeiter dagegen bezieht nach zehn Jahren eine Pension von monatlich 16,16 Mk. Nur sollen nach dem § 175c des Allgemeinen Berggesetzes von 1906 und § 40 des Berggesetzes von 1912, die Beiträge in den verschiedenen Mitglieder-

lassen lediglich nach der durchschnittlichen Höhe der zu gewährenden Invaliden- und Witwenpension gleich zu bemessen sein. Die Beamten erhalten nur 1,88 Mtl. mehr als die Arbeiter, es hände ihnen also auch nur 1,88 Mtl. mehr an Pension zu. Die Beamten hätten also zu erhalten: nach 10 Jahren die Arbeiterpension von 15,00 Mtl., 18 mal 1,88 gleich 33,84 Mtl. Statt dessen erhalten sie aber nach dem Entwurf 1,88 gleich 33,80 Mtl. Statt dessen erhalten sie aber nach dem Entwurf 40,84 Mtl. Sie bekommen also monatlich den 2,34 Mtl. zuzüglich. Nach 30 Jahren beträgt der Durchschnitt der sämtlichen Beamtenklassen 66,28 Mtl. monatliche Pension. Die Arbeiter beziehen nach 30 Jahren eine monatliche Pension von 40,80 Mtl. Die Beamten hätten daher nur zu erhalten nach dieser Zeit 40,80 mal 1,88 Mtl. gleich 76,70 Mtl. Nach dem Entwurf erhalten sie aber monatlich 86,28 Mtl., also 10,47 Mtl. zuzüglich. Auch die Beamten-Witwenpensionen werden nach Wochensteigerungsstufen berechnet, zuerst bis zu 3 Jahren, dann jedes Jahr. Die Beamten-Witwenpension beträgt nach 3 Jahren durchschnittlich monatlich 12,28 Mtl. Die Arbeiterwitwen beziehen nach 3 Jahren monatlich 5,07 Mtl. Den Beamtenwitwen ständen also nur statt 12,28 Mtl. 5,07 mal 1,88 Mtl., das sind 9,53 Mtl. Nach 30 Jahren beträgt die durchschnittliche Beamten-Witwenpension 47,84 Mtl. monatlich. Die Arbeiterwitwen erhalten nach 30 Jahren 24,18 Mtl. monatlich. Witwen ständen den Beamtenwitwen nur zu: 24,18 mal 1,88 gleich 45,45 Mtl., erhalten also nach dem Entwurf zuzüglich: 2,30 Mtl. monatlich. Auch ist es ein richtiges Arbeiterverbot durch den § 876 Absatz 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes unmöglich, dem Entwurf zuzustimmen. Dieser Paragraph lautet: „Wird die Zulassung als Ersatzklasse zurückgezogen oder die Ersatzklasse aufgelöst, so geht die Verpflichtung zur Verbriefung der rechtsgerichtlichen Ansprüche auf die Reichsversicherungsanstalt über. Aus dem Vermögen der Ersatzklasse sind der Reichsversicherungsanstalt die Brämienreserven zu überweisen, die den Verpflichtungen entsprechen.“ Wenn nun der Bundesrat später einmal die Zulassung der Ersatzklasse zurückzieht, so würde der Reichsversicherungsanstalt aus dem Vermögen des Vereins eine Summe zu überweisen sein, zu der die bisherigen Leistungen der Beamten in gar keinem Verhältnis stehen. Diese Summe würde so groß sein, daß für den Arbeiter nichts mehr in der Pensionklasse bleiben würde.“

Trotz diesen Ausführungen unseres Kameraden Klein stimmten die „christlichen“ Vertreter für den Entwurf. So steht in Wirklichkeit die „christlichen“ Vertreter für den Entwurf. So steht in Wirklichkeit die „christlichen“ Vertreter für den Entwurf. So steht in Wirklichkeit die „christlichen“ Vertreter für den Entwurf.

Sitzung der Vertreter des Kommissionsbezirks Herne.

Am 5. Januar tagte in Sodingen die Vertreterkommission des Bezirks Herne. Nachdem der Bericht über die letzten Vorstandstätigkeiten gegeben und eine Reihe Erfahrungen ausgetauscht worden waren, hielt Kollege Fischer ein kurzes, sachliches Referat über die wichtigsten knappschaftlichen Fragen der Gegenwart und der näheren Zukunft. Hieran schloß sich eine lebhafte Aussprache an, bei der sich fast alle Kollegen beteiligten. Leiber hatten es mehrere Vertreter nicht für nötig gehalten, zu erscheinen. Der Schriftführer wurde beauftragt, einem früheren Beschlusse gemäß, die Namen der Betreffenden in der Fachzeitung zu veröffentlichen. U n e n t s c h u l d i g t s e i n t e n : Göse (Hülse), Franz (Herten), Strudmeier (Disteln), Schröder (Sinsen), Bovenstein (Dreier) und der neugewählte Reibassa (Hülse). Die beiden Erstgenannten glänzten im verlaufenen Jahre dreimal durch Abwesenheit. Zwar hat Göse unter Aufsicht von Schröder, Bovenstein und Reibassa in einem Briefe mitgeteilt, sie würden erst dann wieder an den Sitzungen teilnehmen, wenn dieselben im geographischen Mittelpunkt stattfänden. Das wurde jedoch von den Versammelten nicht als Entschuldigung angesehen. Göse und Franz fehlten auch unentschuldig in Herten, also in ihrer nächsten Nähe. Wäre man dort gewesen, so hätte die Abstimmung über den nächsten Tagungsort ein anderes Resultat ergeben, auch sollte man wissen, daß die Mehrheit entschieden ist.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Alte Saale. Wie sich die Dividenden in den letzten Jahren hier verhalten haben, so haben sich auch nach der anderen Seite die Mißstände in vermehrtem Maße eingestellt. Kommt man des Mittags mit dem geöhnten oder ersten Korb heraus, so weiß man in der Waschküche fast kein Wasser zum Waschen zu bekommen, dann läuft fast keine Brause mehr. Werden die Wraunen abgedreht, dann kommt stehendes Wasser. Ein jugendlicher Arbeiter, der die Waschküche zu besorgen hat, wird ansehnend nach mit anderen Arbeitern beschäftigt, denn man sieht ihn des Mittags nie. Auch könnte unseres Erachtens mit dieser Arbeit eine ältere, vernünftige Person betraut werden. Trotzdem der jetzige Ausschuss diesen Mißstand der Verwaltung zur Kenntnis gebracht hat, ist noch keine Besserung eingetreten. Na, solche Ausschüsse sind auch für die Herren „weisse Saale“! Vom Schacht bis zum Revier I ist ein Schlamm in der Strecke, daß man kaum durchkommen kann. Auch hier scheint man einige Schichtlöhne sparen zu wollen. Ob die Leute die ganze Schicht mit nassen Füßen ihre Tätigkeit berichten müssen, ist für die Verwaltung nicht schlimm.

Sehe Auguste Viktoria, Hüls. (Berichtigung.) Es ist un wahr, daß man beim Verlassen des Förderkorbes zwischen den Spurlatten durchkriechen muß. Der vorhandene Raum ist so groß, daß man bequem absteigen kann. Die Luftförderung dauert nur 25 Minuten, so daß keine Veranlassung vorliegt, auf zwei Seiten auf- und absteigen zu lassen. Bei der Ausfahrt ist stets ein Beamter zugegen, und die Reihenfolge vollkommen geregelt. Die Seilschicht beginnt nicht später wegen der Ausfahrt der Beamten, sondern regelmäßig so pünktlich, daß der erste Korb um 2 Uhr nachmittags bzw. 10 1/2 Uhr abends am Tage ankommt. Unrichtig ist ferner, daß die Maschinen und Schichtmeister mit dem ersten Korb fahren. Sonstige Scheine für den ersten Korb werden überhaupt nicht mehr ausgestellt. Unwahr ist ferner, daß die Grubenpferde besonders angestrengt werden; sie brauchen nur zehn Wagen zu ziehen und haben dabei viele Paufen. Es wird auch streng darauf gesehen, daß die Tiere nicht geschlagen werden. Im Stapel im Revier 10 sind nicht weniger als drei Signalhämmer vorhanden, einer für den Abnehmer, einer von den Dertzen zur Bremse und einer von den Dertzen zum Abnehmer. Alle Leute haben Anweisung, die Hämmer zu benutzen. Es ist unrichtig, daß in dem Revier Holz fehlt. Die Leute unterlassen es oft, das Holz selbst mit zur Arbeitsstelle zu nehmen. Unwahr ist, daß in dem Querschlag von Flöz Gustab nach Katharina Feuer gefahren hat. In diesem Querschlag, der mit Steinen ausgefüllt worden ist, weil er vorläufig nicht benutzt wird, ist noch niemals Feuer bemerkt worden. In dem Aufhauen von Ort 2 nach Ort 3 in Flöz Gustab hat einmal Feuer gefahren. Die Leute sind darauf von dem Hülssteiger so lange unter in der Strecke beschäftigt worden, bis die Schlagmeister befreit waren. Unwahr ist auch, daß in dem Revier niemals Luiten geteilt haben. Es ist schließlich un wahr, daß die Arbeiter in diesem Revier einen Lohn von 5,50 Mtl. erhalten haben. Wahr ist, daß ein Arbeiter, der nach seinen Leistungen nur 4,33 Mtl. verdient hatte, 5,50 Mtl. bekommen hat, wohingegen andere Leute in demselben Flöz bei genau denselben Verhältnissen und wesentlich geringeren Gebirgsarbeiten 7,86 Mtl. verdient haben. Gewerkschaft Auguste Viktoria, Stein.

Sehe Braßler. Hier auf diesem Hüls herrschen Zustände, die mit jedem Tage untragbarer werden. Zunächst seien einige Stellen den Mißständen hier auf der neu erbauten Kolonie gewidmet, unter denen die Koloniewohnner zu leiden haben. Vielfach wird Klage geführt über sehr feuchte Wohnungen. Eine Anzahl Keller stehen bei regnerischem Wetter fortwährend unter Wasser. Um diesem Uebelstande abzuwehren, hat man einige Arbeiter mit dem Auspumpen des Wassers aus diesen Kellern beschäftigt. Diese Leute haben allerhand zu tun: bei dem letzten Keller angelangt, steht der erste schon wieder unter Wasser. Ein großer Teil der eingestelltesten, sehr teuer bezahlten Kartoffeln werden den Arbeitern faul. Auch liegt die Gefahr nahe, daß wegen der Ausdünstungen in solchen Kellern leicht Krankheiten entstehen. Auch die Sicherheitsmaßnahmen bei der Anlegung von Kaminen, Kaminröhren usw. lassen viel zu wünschen übrig. Nicht genug damit, daß die Straßen der Kolonie einem Saufgasse ähnlich sehen, ist man auch noch obendrein der Gefahr ausgesetzt, in die hier angeführten, teilweise sehr tiefen Kanäle zu stürzen. Ein Glück ist es, daß man endlich jenseit gekommen ist, die Straßen wenigstens teilweise elektrisch zu beleuchten. Zudem haben einige Personen das Unglück gehabt, in diese Röhren zu stürzen und leiden jetzt noch an den Folgen. Auch jetzt noch, trotz der elektrischen Beleuchtung, wäre es notwendig, wenn dort, wo besonders gefährliche Stellen sind, besondere Laternen angebracht würden. — Nun einiges über die Mißstände auf der Zeche selbst. Hier ist vor allen Dingen das Strafwesen zu rügen. Einen ungefähren Einblick in dieses bietet uns die Einnahme der Unterbringungsstufe vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912. Diese Einnahme betrug 5708,47 Mtl., davon 4806,12 Mtl. an Strafgebern. Es interessiert auch wohl, zu erfahren, welches Verfahren man hier beliebt, diese Gelder wieder an den Mann zu bringen. Statt die Gelder, welche den Belegschaftsmitgliedern am Lohn gezahlt werden,

wieder in Bar an frange und hilfbedürftige Mitglieder zurückzugeben, werden diesen Mitgliedern sogenannte Gutscheine ausgestellt. Mit diesen Gutscheinen müssen die Betreffenden zu einem von der Zeche bestimmten Geschäftsmann gehen und von demselben Waren entnehmen. Dieses Verfahren ist verwerflich. Im Interesse der organisierten Belegschaftsmittelglieder ist hiergegen zu protestieren. Diese müssen selbst das ihr zur Verfügung stehende Geld in vernünftiger Weise wieder an den Mann zu bringen, ohne sich von der Zeche behor-munden zu lassen. Dem organisierten Arbeiter kann es heute noch lange nicht gleichgültig sein, welchen Geschäftsleuten er seine sauer verdienten Groschen bringt. In letzter Zeit hat die Verwaltung wiederholt Strafen wegen Verstoßes gegen die Seilschichtordnung verhängt. Wie sieht es aber mit dieser Seilschichtordnung aus? Vor der Ein-schicht werden die Arbeiter gezwungen, ihre Kamenarten abzugeben, aber sehr oft kommt es vor, daß vor der Ausfahrt keiner anwesend ist, die Karten zu verlassen. Es wird dann der Seilschicht gestimmt, weil jeder gerne mit dem ersten Korbe ausfahren möchte. Daß bei solchen Anlässen leicht Unglücke entstehen können, weiß jeder erfahrene Bergmann. Die Jahrmärkte bekommt der Arbeiter dann am andern Tages in der Kampeitube ausgehändigt, oft muß er auch tagelang warten, bis sich dieselbe wieder vorfindet. Wir sind der Meinung, daß es für die Verwaltung bald an der Zeit wäre, dafür zu sorgen, daß solche Vorkommnisse vermieden werden. Wenn sie ein Interesse daran hat, fortwährend Ärgernisse zu vermeiden, um alle zweifelhaften Elemente herauszuholen, so mag sie auch dafür sorgen, daß diese unqualifizierten Arbeiter sich an Ordnung gewöhnen. Solange die Verwaltung nicht dafür gesorgt hat, daß bei der Ausfahrt jeder seine Jahrmärkte erhält und sich ordnungsgemäß in die Reihe stellt, wird diese Anordnung nicht verschwinden. Daß aber die Verwaltung in dieser Hinsicht ihre Pflicht getan, so hat jeder einseitige Arbeiter nichts dagegen einzuwenden, wenn Arbeiter, die fortgesetzt darauf ausgehen, bei der Ausfahrt ihre Kameraden zu überrollen, bestraft werden. Allen organisierten Kameraden hier am Ort raten wir, aus diesen Vorkommnissen die Lehre zu ziehen und mehr wie bisher an Wert zu setzen, die zahlreich und noch fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Schon mit Rücksicht darauf, daß uns kein einziges Mal hier am Ort zur Verfügung steht, müßte jeder sich voll und ganz in den Dienst unserer großen Sache stellen und mit dafür sorgen, daß der letzte Arbeiter von Zeche Braßler unserem Verbände zugeführt wird.

Sehe Karl Junke. Die deutschen Zeichen einer Hochkonjunktur kann man auf dieser Zeche beobachten. Während bis jetzt die volle Belegschaftsliste gefördert werden mußte, was schon eine Unmenge Leberschichten und eine namenslose Kohlenladung zur Folge hatte, kommt jetzt von oben der Befehl, 10 Prozent über die Belegschaftsliste zu fördern. Nun ist aber guter Rat teuer, denn längst schon hatte die Kohlenförderung die eigentliche Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, oder richtiger gesagt, schon überschritten. Daß nun die Mehrförderung von 10 Prozent nur durch Leberschichten gedeckt werden kann, ist selbstverständlich. Da nun eine Menge Kameraden die Leberschichten verweigern, geht man zu dem Tier über, des Sonnabends von 10 1/2 Uhr bis 5 1/2 Uhr morgens eine volle Schicht zu geben, wofür es bisher nur drei Viertel gab. Offenlich sollen die Kameraden auf diesen Teil nicht herein. Demgegenüber muß behauptet werden, daß man es versteht, die Löhne recht niedrig zu halten, abgesehen von einigen Ausnahmen, werden doch immer noch Hauerlöhne unter 6 Mark ausgezahlt. Auch kommt es in letzter Zeit auffallend oft vor, daß Beamte von einem Schacht zum andern verlegt werden. So mußte vor längerer Zeit auf Schacht Böttchingen ein Reviersteiger einem Hilfssteiger von Karl Junke Platz machen. Ebenso mußte jetzt wieder ein Reviersteiger nach 20jähriger Tätigkeit auf Karl Junke mit einem solchen von Böttchingen wechseln. Daß solche Maßnahmen nur geeignet sind, die Arbeiter noch mehr zu steigern, versteht sich von selbst. Ferner steht das Bestrafen angeblid wegen Fördern unreiner Kohlen und schlecht behandener Wagen in hoher Höhe, so daß auch auf diese Weise den Arbeitern der Lohn gekürzt wird. Niedrige Löhne, Bestrafungen im Uebermaß, schlechte Bedingte, dazu viel Leberschichten, das nennt man für den Arbeiter Hochkonjunktur! Wenn doch die Arbeiter auch einmal begreifen wollten, daß sich die ganze Preisregelung nach Angebot und Nachfrage vollzieht, dann müßten sie erkennen, daß ihnen Leberschichten nur zum Schaden gereichen können, denn Vermehrung von Leberschichten würde ohne Zweifel eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften zur Folge haben und dieses wiederum ein starkes Ansteigen der Löhne bedingen. Darum, Kameraden, weidelt die Leberschichten, denn diese sind zum großen Teil schuld daran, daß die Grubenbesitzer auch bei einer Hochkonjunktur die Löhne möglichst niedrig halten können.

Sehe König Ludwig IV und V. Bei Löhnungen ist es hier Mode, daß erst um 10 1/2 Uhr morgens mit dem Auslösen angefangen wird. Für die Kameraden, welche Nachmittagsarbeit haben und von auswärts 1 bis 1 1/2 Stunde gehen müssen, wozu der größte Teil der Belegschaft gezwungen ist, wäre es angebracht, daß mit dem Auslösen schon um 9 Uhr morgens angefangen würde; das ist das allgemeine Verlangen der Kameraden. Das kann leicht gemacht werden, zumal die Leute, die in Bruch oder in der Heide wohnen, zum großen Teil gar nicht hingehen, weil sie befürchten, daß sie nachmittags nicht zeitig zur Schicht kommen. Aus diesem Grunde nehmen viele ihr Geld nachmittags beim Anfahren in Empfang, andere wieder nehmen ihre Frauen oder Kinder mit oder nehmen das Geld mit in die Grube. So stehen nun nachmittags vor dem Zechentore Frauen und Kinder bei Frost oder Regen. Eine Besserung ist hier dringend nötig. Die Waschküche erscheint ebenfalls eine Besserung. Dieselbe ist zu klein, es stehen Mann an Mann, vorn am Eingang ist es zugig und kalt, wodurch die dort stehenden Leute sehr leicht einer Krankheit zum Opfer fallen können. Die Waschküche der Jugendlichen kann noch hinzugenommen und für diese ein anderer Platz freigemacht werden.

Sehe Matthias Stinnes I und II. Auf diesem „Mutterpitt“ nehmen die Mißstände immer mehr zu, anstatt ab. Jedes Revier muß zweimal in der Woche 1/2 Schichten verfahren, dann gewöhnlich noch Samstag abends eine Leberschicht und in der Woche schließlich noch ein paar mal doppel. Man heißt es ja immer, es wäre kein Zwang, Leberschichten zu machen. Wie sieht es aber in Wirklichkeit damit aus? Weigert sich einmal eine Kameradschaft, auszufahren, dann sagt der Steiger: „Ja, wenn Sie nicht kommen, dann lasse ich verbauen“, und was das heißt, weiß jeder. Beim Verfahren von 1 1/2 Schichten wird auch ein kleiner Druck ausgeübt, besonders bei der Mittagschicht, die abends um 5 1/2 Uhr anfährt und nachts um 2 Uhr ihre einfache Schicht herum hat. Wenn Leute dann um 2 Uhr am Schacht zur Ausfahrt herum kommen, so können sie hundertlang stehen und warten, bis sie herausgeholt werden. Zum Beispiel am 8. Januar war es bereits 4 Uhr, als die Leute von der sechsten Sohle herausgeholt wurden. Daß das keine Kleinigkeit ist, zwei Stunden in durchdringender Kleidung am zugigen Schacht zu stehen, wird jeder wissen, der es einmal durchgemacht hat. Es fahren doch jede Nacht um 2 Uhr Leute heraus, da doch jeden Tag 1 1/2 Schichten verfahren werden, und warum werden dann die Leute nicht immer um 2 Uhr herausgeholt? Des Abends um 11 1/2 Uhr wird auch fast niemals die Seilschicht begonnen. Die Leute, die um 11 Uhr mit der Bahn nach Hause fahren, werden pünktlich herausgelassen, während die anderen warten müssen. Zu dem Zwecke werden dann mit einem Korb Kohlen und mit dem andern Leute gefördert. Während die anderen Leute erst 20 Minuten vor 11 Uhr an die Seilschicht kommen, werden dann gewöhnlich 15 Minuten lang Kohlen und Leute zusammen gefördert, während dieser Zeit steht am Schacht alles wüst durcheinander. Da werden Kohlenzüge, leere Züge, auch einzelne Pferde durch die dicht zusammengedrängte Menschenmenge gejagt. Wo bleibt da die Aufsicht? Oder sind die Beamten durch die vielen Leberschichten so stumpfsinnig geworden, daß sie nichts weiter mehr begreifen oder sehen als nur Kohlen und wieder Kohlen? Die Tierquälerei nimmt auch schon überhand. So werden die Pferde, wenn sie nicht mehr ziehen können, mit der Drahtseile, mit Fustrieten, Lampen, oder was sonst gefunden wird, bis aufs ärgerte gepiepsigt. Da wurde am 8. Januar ein Pferd von hinten mit einem Steupel und von vorne mit einer Drahtseile bearbeitet, so daß das arme Tier nicht wußte, wo es bleiben sollte. Die Menschen können sich doch noch wenigstens wehren, das kann ein Tier aber nicht. Am 7. Januar wurde ein Mann um 7 Uhr krank nach dem Schacht gebracht; anstatt denselben auszuführen zu lassen, wurde ihm von einem Beamten gesagt, er sei bestoffen, er solle sich nur am Stolz anhängen. Dem Manne, der den Kranken zum Schacht gebracht hatte, wurde be- deutet, er solle machen, daß er vor seine Arbeit komme.

Sehe Rüdiger III und IV. Dem Steiger K. kann nie genug geleistet werden. Er greift selbst zur Saie, arbeitet mit allem Eifer, verlangt aber, daß die so gemeinjam erzielte Leistung auch ohne seine Mitarbeit erreicht wird. Das ist wirklich zuziel verlangt. Auch die Wagen können ihm nicht voll genug geladen werden, obwohl die Kohlen von den überladenen Wagen herunterfallen und die Straßen verunreinigen, wodurch der Transport sehr erschwert wird. Der Herr soll jedoch bedenken, daß alle...

Sehe Viktoria (Hünen). Der Befehl des Kohlenyndikats, die Förderung freizugeben, hat hier die sonderbarsten Willen gezeitigt. Nicht genug damit, daß die Kohlerbauer jeden Tag eine Leberschicht machen dürfen, ist es sogar für die Vorgesetzten am Samstag Bescheid! „Wer nicht mitmacht, wird stre gemacht“, heißt es. Damit aber die Nachtschicht aus „lang“ genug ist, muß die Vorgesetzten an den Samstag um 4 Uhr früh ansetzen. Die Vorgesetzten fährt des Samstags um 12 Uhr mittags an, damit die Vorgesetzten von 8 1/2 bis morgens 6 Uhr Kohlen fördern kann. Die Nachtschicht, die zur Reparatur und zum Verbaun vorhanden ist, muß des Samstags aussetzen. Wer unbedingt die Schicht verfahren will, kann gnädig am Sonntag abends anfahren. Da nun die meisten dies nicht machen, so haben wir das Schauspiel, daß die Kohlenbauer sieben und die Reparaturarbeiter fünf Schichten in der Woche verfahren. Dies mag noch angehen, denn zuletzt ist es doch Sache des Einzelnen, ob er mitmachen will oder nicht. Anders ist die Sache bei der Förderung. Der Umstand, daß nach der jetzigen Förderung für später die Belegschaftsliste bemessen werden soll, hat in der Verwaltung das Streben geweckt, jeden Tag möglichst eine sehr hohe Förderung herauszuholen. Waren bisher Pferde mit dem Transport zum Schacht beschäftigt, so sind jetzt an deren Stelle Maschinen getreten. Die Pferde mußten wohl über und über dann und wann ausgespannt werden. Dies ist bei der Maschine ausgeschlossen, unbekümmert um die Seilschicht wird drauf los geschuftet. Kohlen, Kohlen und nochmals Kohlen! so heißt die Parole. Des Morgens müssen die Ampeln um 20 Minuten vor 6 Uhr die Karten empfangen. Wer später kommt, wird nicht mehr zugelassen, trotzdem die Seilschicht bis 6 Uhr geht. Wer aber glaubt, mittags um 2 Uhr ausfahren zu dürfen, der hat die Rechnung ohne die Belegschaftsliste gemacht. Bis 2 1/2 Uhr, manchmal bis 2 10 Uhr geht die Kohlenförderung. Die Folge davon ist, daß fast jeden Mittag der Schacht um 2 Uhr „gefüllt“ wird; dann geht es über die Kohlenwagen hinüber zur Ausfahrt, und wer zuerst den Korb erreicht, fährt aus. Der Kumpel mit der Karte, der auch nicht weiß, wo er bleiben soll, muß in der Regel sich weit zurückziehen. Aber auch andere Mißstände haben sich hier eingestellt. Für heute wollen wir nur an die Aufstellung der Abortkübel erinnern. Die Verordnungsverordnung will, daß an allen geeigneten Stellen Kübel aufgestellt werden. Nun sollte man doch meinen, daß die Wünsche der Kameraden hier herkömmlich würden, aber nein. In Flöz 18 hatte der „Kübelmajor“, dem Wunsche der Kameraden entsprechend, einen Kübel aufgestellt. Als der Herr Fahrsteiger Garde dies erblidete, geriet er so in Zorn, daß er die Bestrafung des „Kübelmajors“ androhte und den Befehl gab, den Kübel wieder zu entfernen. Die Kameraden müssen jetzt wieder 100 Meter weit in der Strecke gehen, dann 65 Meter hoch im Fahrstuhl, dann nochmals gut 20 Meter weit in der Strecke, um zum nächsten Kübel gelangen zu können.

Sehe Westfalen. Wasser zum Waschen fehlt in der Saue öfters ganz; Schulpfortbildung um die Dampfheizung sehr ebenfalls, dadurch haben sich Leute schon daran verbrannt. Die Abortkübel stehen adä bis vierzehn Tage lang gefüllt in der Grube, hauptsächlich im Revier I beim Steiger Brinmann. Der Anschlagler muß auch selber die Bergpolizeischriften beachten; während der Seilschicht schiebt er auch Steinwagen auf den Korb. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß Leute auf die Steinwagen geschrien sind und dann mit Wasserdampf herausgeführt. Steiger Rappenberg gibt sogar dem Anschlagler den Befehl, während der Seilschicht Steinwagen auf den Korb zu schieben. Am Tage muß auch besser aufgepaßt werden. Es ist schon ein paar mal vorgekommen, daß während der Seilschicht der Korb plötzlich weggezogen wurde und die Kameraden flogen hinterwärts auf den Anschlag. Auch fehlen Gebläsewagen; das Gebläse wird mit auf den Korb genommen. Der Herr Betriebsführer schaut die Leute an wegen nicht genügender Leistung. Hier herrscht eine starke Antreiberei. Löhne von 3,80 Mtl. sind keine Seltenheit, auch 4,20 bis 4,80 Mtl. Die Lampen sind sehr schlecht imstande. Reparaturkosten von 6, 7 und 8 Mark monatlich kommen vor. Strafen werden sehr viel verhängt. Der Markenkontrolleur könnte auch etwas besser aufpassen; anstatt daß letzterer die Kameraden wegen Veräumen von Schichten anfaßt, sollte er lieber aufpassen, daß niemand ohne Warmschein anfährt und dafür sorgen, daß er später beibracht wird. Steiger Rappenberg hat sich schon zu Tätlichkeiten hinreichend lassen. Nach alledem lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Sehe Nordhern. Lebhaftige Klagen werden hier von Arbeitern geführt über schlechte Behandlung; die Fahrsteiger G. und M. sollen sich sogar leicht zu lässlichen Beleidigungen hinreichend lassen. Hoffentlich sehen sich die beiden Herren nach diesem Hinweis veranlaßt, ihr Temperament etwas zu zügeln, auch Nebenbungen, wie: „Ach schmeiß dich heraus“, „Ach schlage Dir in die Fresse“, „Ach schmeiß Dir die Nase an den Kopf“ usw. dürfen unterbleiben. Arg für bessere Regulierung und Aufbesserung der Bedingte könnte gesagt werden. In den Strecken wäre ein besserer Wasserabfluß nötig, damit die Arbeiter nicht durch Wasser und Schlamm zu waten brauchen. Unter den Anschlägen auf der 25-Meter-Sohle glaubt man sich unter einem Wasserfall verfehlt. Die Bewetterung läßt an manchen Stellen auch zu wünschen übrig, besonders im Flöz 16 (Steiger H.). Dieser Herr bestrafte auch einen Arbeiter mit 5 Mark, eine nach Lage der Verhältnisse viel zu hohe Strafe. Oder darf ein Arbeiter seinen Rechtsstandpunkt nicht mehr vertreten?

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Deutsche Grube (Witterfeld). Wer von den Arbeitern gehofft hatte, daß bei dem außerordentlich guten Geschäftsgang der steinreiche Kommerzienrat Bauermeister die Löhne aufbessern werde, ist in seinen Hoffnungen arg getäuscht worden, denn eine große Anzahl verheirateter Arbeiter erhalten noch 2,80 bis 3,20 Mtl. bei zehn bis zwölftägiger Arbeitszeit. Die Sauberkeit und Beleuchtung in der Förderung klagt manches zu wünschen übrig. Die Beleuchtung in der Förderung klagt über schlechte Beschaffenheit der Fahrten an den Stößen im Tagebau. Die Fahrten sind viel zu kurz und die Enden derselben ungleich abgedreht, so daß die Arbeiter beim Kohlenhauen nicht ohne Gefahr auf die Stöße gelangen können. Ist die Kranken- und Unfallstatistik im Haller Braunkohlenrevier noch nicht hoch genug? Die Deutsche Grube kann sich nicht über zu wenig Krankheiten und Unfälle beklagen. Willkürlich werden die Arbeiter zu Leberstunden und Sonntagsarbeiten kommandiert, wie auf keiner anderen Grube des Witterfelder Reviers. Herr Bauermeister ist ein „Liebhaber“ und „jorgender“ Vater für seine Arbeiter, das mußte eine alte, kranke Witwe erfahren. Sie wohnte in einer Werkwohnung und hatte vorher ca. 10 Jahre in der Fingerei der Deutschen Grube die schwersten Arbeiten verrichtet. Der Chemann, der Deutschen Grube die schwersten Arbeiten verrichtet. Der Chemann, der Deutschen Grube die schwersten Arbeiten verrichtet. Der Chemann, der Deutschen Grube die schwersten Arbeiten verrichtet.

Kastner Oberböllingen. Auf diesem Werk sollten neue Führungsstellen eingebracht werden. Anstatt nun das neue Seil vollständig auf ein Kabel aufzuwickeln, geschah das im vorliegenden Falle nur zum Teil. Der übrige Teil sollte von den Arbeitern mit den Händen aufgelegt und nachgelassen werden. Vorständighalter hat man das Seil noch auf eine in die Erde eingerammte Eisenbahnstange gelegt und auch noch durch eine Klemme gefestigt, welche mit einem Schraubenbolzen verbunden war zum Bremsen. Das Seil war stark eingeseilt. Als nun ein Teil in den Schacht gelassen war, konnten die Arbeiter das Gewicht nicht mehr halten; es fing an zu gleiten. Die Arbeiter ließen los und stürzten. Aber nicht allen gelang der rettende Sprung. Der seit 23jährige Arbeiter Otto Steinmeier von Oberböllingen wurde von dem Seil erfaßt und zwischen die Schienen geschleudert. Der Tod trat auf der Stelle ein. Eine Frau und fünf kleine Kinder sind ihres Ernährers beraubt. Räde nach den herpolizeilichen Vorschriften gearbeitet worden, dann mußte das Seil vollständig auf den Kabel gewickelt werden. Aber bei der Treiberei nimmt man sich dazu keine Zeit. Genau so leichtsinnig wie mit dem Auslegen der neuen Führungsstellen verfährt man mit dem Abnehmen des alten. Anstatt dasselbe mit einem Kabel herauszuführen, spannt man ein paar Pferde an und läßt sie herausziehen. Auch dabei kann leicht ein Unglück passieren. Oben- drin ist es entgegen den bezugsrechtlichen Bestimmungen. Auch sonst lassen die Zustände auf dem genannten Werke sehr viel zu wünschen übrig. Es ist doch sogar vorgekommen, daß Arbeiter Krämpfe erlitten und es unmöglich zu werden gelangt hatten. Es ist allerdings be-

bauerlich, daß es Arbeiter gibt, die sich prägen lassen. Aber auch in anderer Beziehung sind die Arbeiter vielfach selbst daran schuld, wenn sie schlecht behandelt und als dumme gescholten werden. Kommt da eines Tages der Betriebsführer, ein Diplom-Ingenieur, zu einem Drittel und verspricht einen neuen Bier, wenn sie 80 Kubel schaffen. Und richtig, die Kumpels fielen darauf herein. Es wurde braut los gewöhlt, und nicht nur 80, sondern 90 Kubel wurden geschafft. Den neuen Bier hat das Drittel bekommen. Aber der Betriebsführer verlangt jetzt, daß 100 Kubel gefördert werden sollen. Auch der persönliche Umgang des Herrn Betriebsführers mit den Arbeitern läßt sehr viel zu wünschen übrig. Was soll man von dem Bildungsgrad eines Beamten denken, der seine Arbeiter „Schlafmützen“, „dämlicher Kerl“, „Dosen“, „Mundviecher“ usw. tituliert? Damit kann man doch nicht beweisen, daß man eine bessere Bildung genossen hat. Aber die Arbeiter sollen es sich mal überlegen, ob sie es selbst nicht in der Hand haben, diese Zustände zu ändern und dafür zu sorgen, daß sie nicht nur als Arbeitsmaschinen betrachtet und behandelt werden. Organisiert euch, seid einig und laßt euch nicht als dumme verbrauchen!

Grübe Neue Hoffnung. Es ist keine Seltenheit, daß trotz anstrengender Arbeit die Arbeiter hier nur 2,00-2,50 Mk. verdienen. Dabei ist die Verdienstmöglichkeit an manchen Stellen so schlecht, daß die gewöhnlichen Cellararbeiten nicht brennen und die Arbeiter sich Karbidlampen beschaffen müssen, um arbeiten zu können. Fragen Arbeiter den Betriebsführer, wo sie mit einem so schlechten Lohn bleiben sollen, erwidert dieser: „Ihr müßt mehr Wagen liefern, dann verdient ihr mehr.“ Wesen die Arbeiter auf die schlechte Förderung hin, die fast jede Schicht bis fünfmal stehen bleibt und auf die völlig unzulänglichen, schwachen Bahnen, die das Fördern unmöglich machen, dann sagt der Betriebsführer: „Ich will sehen, woran das liegt“ und fort ist er, besser aber wird es nicht. Es gibt hier Arbeiter, die in vierzehn Tagen bis zu 20 Schichten verfahren. Wollen sie aber einen kleinen Vorstoß auf den schon verdienten Lohn, dann wird ihnen gesagt: „Das geht nicht, so etwas darf nicht vorkommen, bei uns wird das meiste Geld von allen Seiten ringsum verdient.“ Es wird aber nicht gesagt in wieviel Schichten.

Südbrentschland.

Grübe St. Ingbert. Hier, wo die päpstlich Gehuldeten das Regiment führen, gibt es Leute mit gar sonderbarer Anschauung. Im November wurden wir vom „christlichen“ Sicherheitsmann Wolf befragt. Eine Kameradschaft hatte das Maß über, sich einen leeren Wagen per Schritten auf ihre Bühne zu brüden, weil ihr Wagen tags zuvor eingekerkert wurde. Der gestrenge Herr Sicherheitsmann sah zu, ohne die Leute zu warnen. Er verhielt sich nämlich gegen die Volksgenossen wie ein Feind. Vor die Arbeit angelassen, fragte Wolf die Leute, ob sie nicht wüßten, daß niemand durch den Bremsdruck gehen darf. Die Leute erwiderten, sie wüßten das, aber sie müßten doch einen Wagen haben, um ihre Köpfe fortzuführen, damit sie keinen Lohnausfall erleiden. Aber das gefiel dem Herrn Sicherheitsmann nicht. Er erklärte ihnen: „Wenn ich wollte, müßte euch der Steiger beistehen, aber davon will ich diesmal absehen, er kann euch einen strengen Verweis geben.“ Dieser tat das auch sofort. Die Leute hielten den Sicherheitsmann vor, daß er strenger wäre wie der Herr Inspektor, worauf er kurz erwiderte: „Wenn ich komme, bin ich so viel wie der Herr Inspektor!“ Womöglich ist es ja, die Leute vor Unfällen zu schützen, aber wir wollen diesen „Inspektor“ sonst mal in seiner Funktion sehen. Herr „Inspektor“, in Abteilung U. 3. 17b, 17c, 17d, 17e, 17f, gibt es ganz andere Sachen zu beanstanden, welche aus Gesundheitsrückgründen beseitigt werden müssen. Nämlich: In den Querschlägen von Stö 31 auf 33 steht so viel Wasser und Morast, daß einen die besten und größten Wasserhähne schon bei der Anfahrt nicht vor nassem Rücken schützen können. Im Fahrtschacht auf Stö 31 läuft das Wasser nur so über die Bahnen, daß es beim Durchfahren jedesmal nasse Füße geben muß; auch fehlen die Handlöhnen. Um die Bremsstöße muß ebenfalls ein Fahrtschacht führen, der aber fehlt. Diesen und anderen gesundheitsgefährlichen Zuständen könnte der Herr „Inspektor“ Wolf leicht ein Ende bereiten, was doch besser wäre, als den Leuten eine Strafe zu diktiert. Auch gelaunt sich dieser Herr bei der Hausagitation aus, indem er den Kameraden, die erklärten, daß sie sich nur im alten Verband aufnehmen lassen, sagte: „Im alten Verband laufen die Mitglieder fort!“ Dabei nennt er auch Namen von Verbandmitgliedern, die wieder ausgetreten sind, nach an einen Austritt denken. Wir ersuchen, den Herrn „Inspektor“, solche „christlichen“ Schwindbeuten zu unterlassen, andernfalls mischen wir ihm mal gehörig auf das Schwimmbelmaul Hopfen. Kameraden, kummert euch nicht um solche Gelden und schließt euch weiter dem Verbands an.

An unsere Verbandsmitglieder!

In Gemäßheit des Beschlusses unserer letzten Generalversammlung und der §§ 69 und 70 unseres Statuts beruft der unterzeichnete Vorstand hiermit die

20. Generalversammlung

unseres Verbandes auf Sonntag, den 27. April 1913 und folgende Tage in das Restaurant „Warkhaus“ in Hannover ein. (Die Stunde des Beginns wird später bekannt gegeben.)

Vorläufige Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Statutenänderung. (Referent: Friedrich Schmidt.)
4. a. Bericht des Vorstandes. (Referent: Herm. Sachse.)
b. Kaspenbericht. (Referent: Karl Stühmeyer und Gustav Schreiber.)
c. Bericht des Kontrollausschusses.
d. Bericht über die Presse. (Ref.: Theodor Wagner.)
e. Bericht über die Lohnbewegungen. (Referent: Robert Witt.)
5. Die Massenunglücke im Bergbau. (Referent: Heinrich Köppler.)
6. a. Bericht über den Gewerkschaftskongress in Dresden. (Referent: Max Gärtner.)
b. Wahl der Delegierten für den nächstjährigen Kongress.
7. Konzentration, Syndikatspolitik und Verstaatlichungsfrage im Bergbau. (Referent: Otto Sue.)
8. Wahl des Vorstandes, des Kontrollausschusses und der Redakteure.
9. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
10. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Nach § 70 unseres Verbandsstatuts erwählt auf je 1000 Mitglieder durchsichtliche ein Delegierter und haben die Bezirksleiter unter Hinzuziehung der Vertrauensleute die Einteilung der Wahlbezirke vorzunehmen. Als Grundlage für die Wahlbezirkseinteilung kommt die Mitgliederzahl, welche am 31. Dezember 1912 vorhanden war, in Frage. Die Einteilung der Wahlbezirke ist uns bis zum 11. Februar d. J. zu übermitteln.

Die Wahl der Delegierten erfolgt am Sonntag, den 9. März 1913, nach den Bestimmungen des Wahlreglements, welches in der nächsten Zeit zur Veröffentlichung gelangt.

Als Delegierte können nur solche Mitglieder gewählt werden, die dem Verbands mindestens zwei Jahre angehören. Außer den Delegierten haben an der Generalversammlung teilzunehmen: Die Mitglieder des Gesamtverbandes, des Kontroll- und Aktionsausschusses und die Redakteure unserer Verbandsorgane.

Anträge zur Generalversammlung können laut § 69 Abs. 5 unseres Verbandsstatuts nur durch den Vorstand und die Mitglieder der Generalversammlung resp. Konferenzen gestellt werden. Etwaige Anträge zur Generalversammlung müssen bis spätestens 15. März 1913 bei uns eingegangen sein. Die Anträge müssen getrennt von sonstigen Mitteilungen eingeleitet werden. Bei der Einbringung der Anträge muß angegeben werden, welche Stelle

dieselben stellt und an welchem Tage die Anträge in der Mitgliederversammlung zur Annahme gelangen. Die eingeleiteten Anträge werden dann von uns veröffentlicht und den Teilnehmern der Generalversammlung in einer besonderen Vorlage vorgelegt. Anträge, welche jedoch nach dem 15. März 1913 bei uns einlaufen, können nicht mehr veröffentlicht werden.

Mit Glück auf!
Der Vorstand. J. A. S. Sachse.

Anträge des Gesamtverbandes zur Abänderung des Statuts.

Im § 27 Abs. 3 ist folgendes zu streichen: „an welchem Tage die Anträge in der Mitgliederversammlung zur Annahme gelangen.“

§ 28 erhält folgende Fassung: „Solchen Mitgliedern, welche wegen ihrer Verbandszugehörigkeit Freiheitsstrafen erleiden, kann der Vorstand für diese Zeit eine Unterstützung bis zur Höhe der Strafe bezw. Gesamtschuldunterstützung bewilligen.“

Im § 29 Abs. 1 sind die Worte „in unser Fach einzuschlagen“ zu streichen.

§ 34 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

Das Sterbegeld wird in folgender Höhe gezahlt:

Bei einer Mitgliedschaft von	in Klasse a	in Klasse b	in Klasse c
28 Wochen	20	25	30
52 "	25	30	35
104 "	30	35	40
156 "	35	40	50
208 "	40	50	60
260 "	50	60	70
312 "	60	70	80
364 "	70	80	90

Zum Streikreglement.

Im § 9 wird der folgende neue Absatz eingefügt: „Ein Streik gilt nur dann als beschlossen, wenn mindestens 2/3 der in Frage kommenden Mitglieder bezw. Delegierten sich dafür erklärt. Bei der Abstimmung über die Frage, ob ein Streik fortgesetzt werden soll, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.“

Der jetzige Absatz 2 wird Absatz 3.

Ein neuer § 15a wird eingefügt, der folgenden Wortlaut hat: „Solchen Mitgliedern, die infolge eines Streiks oder einer Aussperrung arbeitslos werden, kann die Streikunterstützung für die Dauer von acht Wochen weiter gezahlt werden. Solche Mitglieder, denen anderweitig Arbeit nachgewiesen wird, müssen sofort abtreten. Ueber Maßnahmen entscheidet der Gesamtverband nach Anhören der zuständigen Bezirksleitung. Die im § 28 Abs. 4 des Statuts vorgesehene Unterstützung betr. Amzugsbeihilfe findet auch hier Anwendung.“

Im § 16 wird der zweite Absatz gestrichen.

Der erste Satz im Absatz 3 des § 16 erhält folgende Fassung: „Wenn Verbandsmitglieder in anderen Berufen beschäftigt sind und dort in höhere Streiks oder Aussperrungen verwickelt werden, so ist die Festsetzung eines späteren Termins für den Beginn der Unterstüzungszahlung (siehe §§ 14 bis 16) zulässig.“

Wahlreglement.

Für die Kornahme der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung bildet die im Absatz 2 des § 48 unseres Statuts vorgesehene Bezirksleitung das Zentralwahlkomitee. Dasselbe ist durch die Mitgliedschaft, an welcher die Bezirksleitung ihren Sitz hat, so zu beschließen, daß dem Zentralwahlkomitee zehn Personen angehören. Der Bezirksleiter fungiert als Vorsitzender.

I. Vorschläge von Kandidaten.

Die Leitens der einzelnen Zahlstellen in Vorschlag gebrachten Kandidaten sind dem Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees bis zum 1. März 1913 mitzuteilen.

Das Zentralwahlkomitee hat diese Vorschläge für die einzelnen Wahlkreise zusammenzustellen und den einzelnen Zahlstellen spätestens bis zum 7. März 1913 mitzuteilen.

Vorschläge, welche nach dem 1. März 1913 bei dem Zentralwahlkomitee einlaufen, können nicht mehr zur Wahl zugelassen werden.

II. Wahlberechtigung und Wahlbarkeit.

Jedes Verbandsmitglied, das dem Verbands am Wahltag mindestens zwei Jahre angehört und nicht länger als acht Wochen die Beiträge schuldet, ist wahlbar.

Wählen kann jedes Mitglied nur in der Zahlstelle, wo es wohnt und wenn es nicht mehr als acht Wochenbeiträge schuldet (§ 5 Abs. 1a des Statuts).

III. Art der Wahl. Stimmzettel.

Die Wahl ist eine geheime; sie erfolgt mittels Stimmzetteln, welche die Namen der zu wählenden Delegierten enthalten und mit dem Abdruck des Vorstandsstempels versehen sind. Die Stimmzettel werden den Verwaltungen in genügender Anzahl und einheitlichem Format geliefert.

Die Stimmzettel sind mit dem oder dem Namen des oder der zu wählenden Delegierten handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung (Druck, Lithographie und dergl.) zu versehen.

Stimmzettel, auf denen auf diese Weise aufgetragene Namen durchstrichen und andere dafür handschriftlich gesetzt sind, können ebenfalls benützt werden.

IV. Wahltag, Zeit und Dauer der Wahlhandlung.

Die Wahl erfolgt für den gesamten Verband an einem Tage und zwar

am Sonntag, den 9. März 1913.

Die Wahlhandlung dauert von nachmittags 4 bis 7 Uhr abends. Die Wahlzeit ist streng inne zu halten.

V. Wahlbezirke.

Jeder Ort bezw. Zahlstellenbezirk, dessen räumliche Ausdehnung es erfordert, kann zum Zwecke der Erzielung einer regen Wahlbeteiligung in mehrere örtliche Wahlbezirke eingeteilt werden. Für jeden derartigen Bezirk ist ein Wahllokal (nach Möglichkeit ein Redenzimmer, das nicht dem allgemeinen Wirtschaftsverkehr dient) zu bestimmen und ein aus drei Personen bestehender Wahlvorstand zu ernennen.

Die Entscheidung darüber, ob ein Ort in mehrere Wahlbezirke eingeteilt werden soll, sowie über die Zahl derselben ist in einer Mitgliederversammlung herbeizuführen. Dagegen hat die Bestimmung der Wahlbezirke und Wahllokale selbst sowie die Ernennung der Wahlvorstände durch die Ortsverwaltung und an Orten, wo eine solche nicht besteht, durch den Vertrauensmann des Vorstandes zu erfolgen.

Wahlvorstand kann jedes wahlbare und wahlberechtigte Mitglied werden. Freiwillig sich hierzu zur Verfügung stellende Mitglieder sind in erster Linie bei der Ernennung zu berücksichtigen.

Die Einteilung in Wahlbezirke nebst den dazu gehörigen Wahllokalen ist den Mitgliedern in geeigneter Weise, mindestens jedoch eine Woche vor Stattfinden der Wahl, bekannt zu geben.

VI. Öffentlichkeit der Wahlhandlung.

Die Wahlhandlung ist öffentlich; das heißt es darf keinem Mitglied, soweit der Name dies gestattet, der Aufenthalt im Wahllokal verweigert werden. Als Ausweis über die Mitgliedschaft dient das Mitgliedsbuch.

VII. Anwendung der Wahlzeit.

Die von dem Zentralwahlkomitee festgesetzte Wahlzeit ist nur zur Vornahme der Wahlhandlung zu benützen. Die Vornahme und Behandlung irgendwelcher Verbandsgeschäfte und Erörterung über Verbandssachen und sonstige Diskussionen sind während derselben zu unterlassen. Der Wahlvorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß derartige Diskussionen und die Wahlhandlung störende Geschäftserledigungen während derselben unterbleiben, und er kann Mitglieder, die seinen darauf bezüglichen Anordnungen wiederholt zuwiderhandeln, aus dem Wahllokal verweisen. Jede Beeinträchtigung eines Wählers zugunsten dieses oder jenes Kandidaten ist im Wahllokal während der Wahlhandlung zu unterlassen. Wenn sie dennoch vorkommt und vom Wahlvorstand gebuldet wird, so ist dies ein genügender Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahl.

VIII. Leitung der Wahlhandlung.

Die Leitung der Wahlhandlung in jedem Wahllokal erfolgt durch den von der Ortsverwaltung oder dem Bevollmächtigten des Vorstandes bestimmten Wahlvorstand aus drei Personen in der vorgeschriebenen Weise.

Während der Wahlhandlung darf sich kein Mitglied des Wahlvorstandes auf längere Zeit entfernen. Die Ernennung eines Mitgliedes desselben auf längere Zeit ist gestattet, jedoch darf dies immer nur von einem Mitglied geschehen, so daß stets mindestens zwei Wahlvorstandsmitglieder der Wahlhandlung beizuhören.

IX. Beginn der Wahlhandlung.

Der Beginn der Wahlhandlung muß an dem festgesetzten Zeitpunkt pünktlich erfolgen und ist dies den anwesenden Mitgliedern durch eine entsprechende Erklärung, daß die Wahlhandlung beginnt, anzugeben. Vor Eintritt in die Wahlhandlung sind die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Wahlhandlung, die Ausnutzung der Wahlzeit, die Leitung der Wahlhandlung, die Bekanntheit der Kandidaten, die Abgabe der Stimmzettel und die Kontrolle der Wähler laut vorzulesen, und erfolgt dann zunächst die Abgabe der Stimmen des Wahlvorstandes nach den dafür geltenden Bestimmungen. Zunächst legitimiert sich der Wahlleiter durch Vorlegung seines Mitgliedsbuches, er legt dann seinen Stimmzettel in der unten angegebenen Weise in den hierzu bestimmten Behälter. In der gleichen Weise geben die übrigen Mitglieder des Wahlvorstandes ihre Stimmen ab; erst hierauf folgen die etwa anwesenden Mitglieder.

Nach Eintritt in die Wahlhandlung ist die Vertagung oder Aufhebung derselben unter allen Umständen unzulässig und eventuell ein genügender Grund zur Ungültigkeitserklärung des Wahlergebnisses.

X. Bekanntheit der Kandidaten.

Die Bekanntheit der Kandidaten hat in jedem Wahllokal in geeigneter Weise zu erfolgen, so daß es jedem wählenden Mitglied möglich ist, aus der Reihe der vorliegenden Wahlvorschläge die Auswahl zu treffen. Die Bekanntheit erfolgt am besten in der Weise, daß im Wahllokal eine Tafel oder ein Papierplakat ausgehängt wird, woraus die Namen der Kandidaten sowie der Mitgliedschaften, die sie vorgeschlagen haben, ersichtlich sind.

XI. Abgabe der Stimmen.

Jedes Mitglied erhält beim Betreten des Wahllokals oder vorher einen mit dem Abdruck des Vorstandsstempels versehenen Stimmzettel und hat auf demselben so viel Namen zu bezeichnen, als der Wahlkreis Delegierte zu wählen hat. Dieser Stimmzettel ist vor der Abgabe so zusammenzufalten, daß die Namen nicht von außen sichtbar sind. Das Einlegen des Stimmzettels in den dafür bestimmten Behälter erfolgt von dem Wähler selbst, doch hat der Wahlleiter darauf zu achten, daß von jedem Wähler nur ein Stimmzettel vorchriftsmäßig abgegeben wird.

Unter keinen Umständen darf der Wahlvorstand ein Mitglied zur Wahl auslösen, das sich nicht durch sein Mitgliedsbuch legitimiert. Dies darf auch dann nicht geschehen, wenn das Mitglied ihm persönlich als solches bekannt ist.

XII. Kontrolle der Wähler.

Die Kontrolle der Wähler erfolgt in folgender Weise: Jedes wählende Mitglied legt zunächst dem damit beauftragten Wahlvorstandsmitgliede sein Mitgliedsbuch vor. Das Wahlvorstandsmitglied prüft zunächst, ob das Mitglied mit seinen Beiträgen nicht länger als acht Wochen im Rückstande ist; ergibt sich hierbei, daß das Mitglied länger als acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, so ist das betreffende Mitglied zurückzuweisen und zu veranlassen, daß es seine Beiträge nachzahlt. Ist dies geschehen oder war das Mitgliedsbuch von vornherein in Ordnung, so schreibt ein Wahlvorstandsmitglied auf Seite 2 oder 3 des Mitgliedsbuches unter der Rubrik „Bemerkungen“ das Wort „Gewählt“ und stempelt das Buch mit dem kleinen Zahlstempel auf derselben Seite, wo obiges Wort steht, ab. Erst dann ist das Mitglied zur Wahl zugelassen.

XIII. Beendigung der Wahlhandlung.

Die Wahl ist genau zur festgesetzten Zeit zu schließen. Ein früherer Schluß der Wahlhandlung ist nur dann zulässig, wenn vor der für den Schluß festgesetzten Zeit alle Mitglieder einer Zahlstelle gewählt haben.

In beiden Fällen ist die Wahlhandlung vom Wahlleiter für „geschlossen“ zu erklären.

Nach Schluß der Wahlhandlung darf kein Mitglied mehr zur Abgabe seiner Stimme zugelassen werden. Geht dies dennoch, so ist das Wahlergebnis ungültig.

XIV. Zusammenstellung des Wahlergebnisses.

Die Zusammenstellung des Wahlergebnisses erfolgt in jedem Wahllokal unmittelbar nach Schluß der Wahlhandlung in folgender Weise:

Zunächst findet eine Durchzählung der abgegebenen, jedoch noch unentfaltenen Stimmzettel statt, und erst nachdem diese Feststellungen in der gründlichsten, jeden Irrtum ausschließenden Weise geschehen sind, wird zur Eröffnung der Stimmzettel geschritten.

Stimmzettel sind ungültig:

1. wenn sie nicht mit dem Stempelabdruck des Vorstandes versehen sind;
2. wenn sie mehr Namen enthalten, als Delegierte in der Wahlabteilung gewählt werden dürfen;
3. wenn die darauf bezeichneten Namen so unleserlich geschrieben oder verwischt sind, daß überhaupt nicht zu erkennen ist, wer damit gemeint sein könnte;
4. wenn sie unbeschrieben sind;
5. wenn sie anstatt eines Namens irgend eine Bemerkung enthalten;
6. wenn von einem Wähler zwei oder mehrere ineinander gefaltete Stimmzettel abgegeben wurden, so sind diese sämtlich ungültig.

XV. Wahlprotokoll.

Ueber die Wahlhandlung und das Ergebnis derselben ist ein Protokoll in der durch besondere Vorschriften geregelten Weise aufzunehmen.

XVI. Einbringung des Wahlergebnisses an das Zentralwahlkomitee.

Der Wahlvorstand hat das Wahlergebnis, Stimmzettel und Protokoll sofort zusammengepackt, so zeitig an den zuständigen Bezirksleiter zu senden, daß diese Sendung bis spätestens am 13. März 1913 in dessen Besitz ist. Das betreffende Rubrik ist gut zu verschließen und neben der Adresse mit dem Vermerk „Wahlresultat“ zu versehen, damit der Bezirksleiter es nicht vor der Zusammenstellung des Resultats in der Sitzung des Zentralwahlkomitees zu öffnen braucht.

XVII. Prüfung und Zusammenstellung des Ergebnisses durch das Zentralwahlkomitee.

Nach Eingang der Wahlergebnisse, Stimmzettel und Protokolle hat der Vorsitzende des Zentralwahlkomitees sofort, jedoch nicht vor dem 16. März 1913, das Zentralwahlkomitee zu einer Sitzung einuberufen, welche tunlichst auch den übrigen Mitgliedern zugänglich zu machen ist. Gewählt als Delegierter ist der Kandidat, welcher die höchste Stimmzahl erhalten hat.

Der Kandidat, welcher die nächsthöchste Stimmzahl bekommen hat, gilt als Ersatzmann. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

XVIII. Mitteilung des Wahlergebnisses.

Das Gesamtergebnis der Wahl ist jeder zum Wahlkreis gehörenden Zahlstelle sofort mitzuteilen und, wenn tunlich, durch die „Bergarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Das Wahlergebnis, Stimmzettel, Protokolle über die Wahlhandlung sowie das Protokoll des Zentralwahlkomitees über die Wahlhandlung, in welcher das Wahlergebnis festgesetzt wurde, ist sofort nach der Zusammenstellung, spätestens bis zum 20. März, an den Hauptvorstand einzusenden.

XIX. Kontrolle für die Wahl der Delegierten.

Die Wahl der Delegierten wird durch den Vorstand kontrolliert; dieser erteilt auch jede auf die Wahl Bezug habende Auskunft. Etwaige Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind demselben bis zum 20. März 1913 mitzuteilen. Er ist berechtigt, eventuell eine Neuwahl anzuordnen.

XX. Nichttritt eines vorgeschlagenen Kandidaten.

Der Nichttritt eines Kandidaten ist nur vor Eröffnung des ersten Wahlganges zulässig.

XXI. Verhinderung eines gewählten Delegierten. Ersatzmann.

Ist ein Delegierter durch unvorhergesehene Ereignisse verhindert, sein Mandat auszuüben, so hat er dies dem Vorstand umgehend mitzuteilen, welcher dann als Ersatzmann den Kandidaten mit der Vertretung beauftragt, der nach ihm die höchste Stimmzahl erhalten hat.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

„Christliche“ Bergknappen-Ligen.

Im „Bergknappen“, dem kampfes Organ zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen, befindet sich in der Nr. 52 vom vorigen Jahre ein Bericht über eine am 8. Dezember in G. H. I. n. g. h. o. f. e. n. stattgefundene Zahlstellenversammlung. Der Berichtsführer übertrug die Ligenfabrikant hat etwas lauten gehört, er weiß aber nicht, wo die Götter hängen. Der Auditor weiß selbst nicht, wo er mit seinem Urin hin soll. Am 8. Dezember hat überhaupt keine Zahlstellenversammlung in G. H. I. n. g. h. o. f. e. n. stattgefunden. In dem Bericht des „Bergknappen“, dem Organ zur Förderung der Interessen der Grubenkapitalisten, wird gesagt, daß in genannter Zahlstellenversammlung das rüpelhafte Benehmen der Ligen in der Bombardier-Versammlung bei den „Christen“ zur Sprache gekommen sei. Ein Verbandsmitglied habe erklärt, daß er noch nie eine solche Madauer-Versammlung mitgemacht hätte, wo man sich so unanständig betragen habe. Dann soll der Kamerad gesagt haben, der moralische Sieg in der Versammlung sei auf Seiten des Gewerkschafts gewesen. Wir wollen dem Ligenfabrikanten oder dem H. o. r. c. h. e. r. an der Wand sagen, was in jener Versammlung verhandelt und gesprochen wurde, und dem „Bergknappen“ gleichzeitig beweisen, daß seine Behauptungen im Ligen ebenso falsch sind, wie seine Redakteure. Erstens hat die Versammlung nicht am 8., sondern am 1. Dezember stattgefunden. Zweitens hat das Verbandsmitglied, das sich über die demoralisierende Wirkung der Madauer-Versammlung beklagte, sogar behauptet, daß arme, gebrückte Bergleute, Arbeiter und Schicksalsgenossen ein solches Schauspiel bösen, hat mit aller Deutlichkeit den „Christlichen“ Verleumdern unserer Volkstempel die Schuld zugeschoben. Es sei einfach unglaublich, wie strupel- und gewissenlos die „Christlichen“ die Bergarbeiter anlögen und die Klutt zwischen der Knappenschaft immer mehr erweiterten, zum alleinigen Nutzen der Grubenkapitalisten. Wenn der Ligenfabrikant darauf den Kameraden W. sagen läßt, „der moralische Sieg in der Versammlung sei auf Seiten des Gewerkschafts“, so ist er damit seinem Schwimmbelag die Krone auf. Das Gegenteil hat der Kamerad W. gesagt und ausdrücklich betont, daß alle moralisch und recht denkenden Bergarbeiter auf unserer Seite seien. Von einer Agitationssache, wie sie von den „Christlichen“ S. t. r. i. k. u. n. d. e. r. n. in Hombuch an den Tag gelegt wurde, wendet sich jeder rechtsdenkende Arbeiter mit Abscheu ab. Wie solche „moralischen Siege“ ausfallen, die jener Ligenfabrikant im „Wahrheitsknappen“ feiert, haben wir in G. H. I. n. g. h. o. f. e. n. erlebt, wo für vor einigen Jahren ebenfalls einen „großen moralischen Sieg“ durch ihren Großsprecher E. f. f. e. r. t. feierten, aber durch diesen Sieg sich die Mitglieder aus dem „Christlichen“ Gewerkschaftsverein hinauslegten, die dann zu uns übertraten. Mit solchen „Siegen“ der „Christen“ sind wir sehr zufrieden, sie veranstalten die „Siegesfeier“ und wir bekommen die Mitglieder.

Es ist unverkennbar, wie sie ihn lieben, den „lieben Kollegen“! Als Behrens 1908 bei der Vertretung des Reichsberufsgesetzes seine tragische Rolle spielte — bei der ersten Lesung stimmte er gegen das Gesetz, bei der zweiten dafür und bei der dritten erging es ihm wie Williams Esel, der zwischen zwei Heubündeln zerungert, weil er nicht wußte, von welchem er fressen sollte, da enthielt er sich der Abstimmung — machte der „Bergknappe“ (Nr. 18 vom 18. April 1908) dem „lieben Kollegen“ folgende Liebeserklärung:

„Wir und die Mitglieder des Gewerkschafts in den gemischt-sprachigen Bezirken sind mit deiner (Behrens) Haltung nicht einverstanden. Insbesondere die Bergknappen und Bezirksleiter, welche unter gemischt-sprachiger Erziehung zu tun haben, sind geradezu empört... Unsere Mitglieder können nicht dulden, daß Beamte, die von ihnen angestellt sind, damit sie in der Bewegung für ihre Interessen eintreten, außerhalb der Gewerkschaften auf politischem Gebiet mit an dem Tisch drehen, an dem man unsere Bewegung aufhängen kann... Keiner soll uns Knüttel zwischen die Beine werfen. Wir haben wirklich keine Lust, unsere Bewegung für die Sünden anderer büßen zu lassen.“

Wahrheit, sie haben ihn heiß geliebt, den „lieben Kollegen“! Seit und Segen dem Wald-, Wiesen-, Weinberg- und Landarbeiter-Zentralverbandesmitgliedern, daß Franz Behrens, der „Liebe Kollege“, geboren wurde!

Eine Angelegenheit gegenüber dem hochwürdigsten Herrn Bischof von Trier.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Saarbrücker Volks-Zeitung“ (Zentrumsorgan) vom 18. Januar, dem „Bergknappen“ ins Stammbuch:

„Also der „Bergknappe“ nimmt sich heraus, den hochwürdigsten Herrn Bischof von Trier öffentlich wie einen Schuljungen abzulängeln, ihm mehr Zurückhaltung anzuempfehlen, und ihm Belehrungen darüber zu geben, was Aufgabe der Bischöfe ist und was nicht. Wer hat denn den „Bergknappen“ zum Richter über unsere katholischen Bischöfe eingesetzt? Und weiter, seit wann hat denn der „Bergknappe“ darüber zu wachen, ob etwas der Autorität des Bischofs und dem Ansehen der Kirche Abbruch tut, und ob etwas für die Kirche und deren Aufgaben und für das Seelenheil der Gläubigen gefährlich ist? Das Ansehen und die Interessen der Kirche sowie das Seelenheil der Gläubigen sind bei unsern Bischöfen, die von Gott zu deren Vertretung eingesetzt sind, ausgezeichnet und hinlänglich gewahrt. Da bedarf es keines Wächteramtes von irgend einer anderen Seite, am allerwenigsten von dem Organ einer offiziell interkonfessionellen Organisation, wie es der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter doch statuten-gemäß ist. Und weiter die nichterträgliche Verächtlichmachung, als ob unsere Bischöfe, und speziell der hochwürdigste Herr Bischof von Trier, sich nicht in erster Linie der Vermahnung annehmen“, vielmehr „Verbündete des Kapitals“ seien! Gerade die Liebe zu den Arbeitern und die Sorge um ihr Wohl hat dem hochwürdigsten Herrn Bischof die Feder zum Erlaß seines Scheidens geführt. Es ist unerhörlich, daß ein Blatt, das vor allem von katholischen Arbeitern gelesen wird, sich eine solch empörende Sprache erlaubt. Das ist eine direkte Untergrabung der kirchlichen Autorität, und wir können nicht umhin, gegen ein solches Vorgehen den allerstärksten Einspruch zu erheben. Wir verbiten uns eine derartige Sprache unserer hochwürdigsten Bischöfe gegenüber aufs entschiedenste.“

Ein gelbes Ei im schwarzen Nest.

In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 11. Januar, ist folgendes zu lesen:

„Ein Kauderwelsch, ein gelbes Ei, haben sich einige Zentrumsblätter ins Nest legen lassen. Eigentlich haben sie es selbst zu verantworten. Im Verlag nationaler Schriften“ zu Offenbach, dem Verlag der Kruppischen Verlage, ist ein Buch erschienen: 455 Millionen Arbeitergroßen“ betitelt, herausgegeben worden. Darin wird der sozialdemokratischen Partei und vor allen Dingen den sozialdemokratischen Gewerkschaften nach bekannter Manier zum soundso vielen Male „nachgewiesen“, wieviel Millionen Mark Beiträge sie den Arbeitern aus der Tasche loden, um sie zu verstreuen, wobei meistens nichts herausläßt. Zwar würde für Unterhaltungen im Todesfall, bei Invalidität und Krankheit etwas gezahlt, aber nur ganz wenig. Sodann behaupteten die Führer der Gewerkschaften, die Beiträge gingen nicht verloren, sie fließen infolge von Streikunterstützung und Lohnerhöhungen in die Taschen der Arbeiter zurück. Dem sei aber garnicht so. Die Streikunterstützungen würden den Ausfall an Lohn nicht decken können, Schulden aus der Streizeit blieben stehen, schließlich würden nicht alle Streiks gewonnen u. s. f. Ein großer Teil der Gesamtausgaben gerieten in die Taschen der bezahlten Beamten. Also die bekannte, höchst gedankenlose Redner über den Nutzen bezg. Schaden der Gewerkschaften, die Streiks führen. Denn was hier von den sozialdemokratischen Gewerkschaften gesagt wird, das kann, in derselben Gedankenlosigkeit natürlich, mit mehr oder weniger Recht von jeder Gewerkschaft gesagt werden, die den Streik als legitime Waffe im Programm führt. Und das meinen natürlich auch die Gelben in ihrer Schrift. Sie richten sich nur Lugetweise an die Adresse der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Und weil sie das getan, ist es ihnen auch gelungen, einen Waschzettel über die neue Broschüre, der natürlich den Reklamecharakter hat, ganz harmlos in Blättern unterzubringen, die mit den Gelben sonst nichts zu tun haben und mit ihnen nicht zu tun haben können. Während das „Echo der Gegenwart“ in Wochen nur einen Auszug aus dem Reklameartikel der christlich-nationale Arbeiterbewegung als auf dem richtigen Wege befindlich empfand, ließ die „Vollständiger Zeitung“, wohl zur größten Verwunderung ihres Leserkreises, selbst die Stelle stehen, worin es heißt: „Daß die wirtschafts-friedliche nationale Arbeiterbewegung auf dem richtigen Wege ist.“ Die Redaktion wird wohl mittlerweile den Kapitalboden entbeert haben.“

Kann man sich denn in unserer Zentrums- und sozialdemokratischen Partei-„Schlager“ emanzipieren? Der „Schlager“ ist absolut wirkungslos, ja, seine Anwendung schädigt unsere eigene Sache. Die christlichen Gewerkschaften müssen nämlich auch von ihren Mitgliedern Beiträge fordern, und zwar, um ihren Zweck zu erfüllen, ähnlich hohe Beiträge, wie es bei den sozialdemokratischen Verbänden der Fall ist. Und auch die Zentrums- und sozialdemokratische Partei geht mit Zug und Macht immer resoluter daran, Beiträge, das heißt eine Parteibeitrag in ihren Organisationen zu erheben. Was wir von unseren eigenen Leuten fordern müssen, können wir doch bei unsern Gegnern nicht als Körperlichkeit und als Schädigung brandmarken! Indem wir das tun, erziehen wir unsere eigenen Leute maßhaltig nicht zu der notwendigen Opferwilligkeit für ihre eigene Sache.“

Wenn die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ glaubt, es handle sich nur um ein Kauderwelsch, das die Gelben geschickt in die schwarzen Reihen der Zentrums- und sozialdemokratischen Presse gelegt haben, so täuscht sie sich und andere. Das Zentrum und die Zentrums- und sozialdemokratische Partei verfolgen dieselben Ziele, wie sie die gelben Gewerkschaften verfolgen und soweit das Zentrum „christliche“ Gewerkschaften unterhält, geschieht es nur, die Arbeiter zu schädigen, nicht aber, den Arbeitern zu nützen. Am Zentrum werden die Gelben sofort ihre beste Stütze haben, sobald die Gelben das Zentrum gegen die organisierten Arbeiter, gegen die Arbeiterpartei unterstufen.“

Ein Rätsel für den „Christenführer“.

Der Sekretär des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, Peter Wäcker in Weh, richtete an ein zum Deutschen Metallarbeiterverband übergetretenes Mitglied folgendes Schreiben:

„Berter Kollege! Wie ich zu meinem Erstaunen erfahre, sollst Du zum sozialdemokratischen Metallarbeiterverband übergetreten sein. Es ist für mich ein Rätsel, wie ein Kollege, der schon... Jahre unserem Verbande angehört, so ohne weiteres seinen Rast wechseln kann und zu den Sozialdemokraten geht. Vielleicht hast Du den Schritt ohne Überlegung getan? Oder hast man Dich gedrückt seitens der sozialdemokratischen Kollegen und Dich so zum Übertritt bewegen? Schreibe mir bitte, was denn eigentlich die Ursache war, daß Du zu den Sozialdemokraten gegangen bist.“

Mit freundlichem Gruß!
P. Wäcker.

Der Übertritt ist für uns gar kein Rätsel, sondern wir halten es für selbstverständlich, daß jeder nur halbwegs klar denkender Arbeiter den päpstlich-gebildeten Streikbrüdergewerkschaften den Rücken lecht.

Die Mitgliederhaft aus dem Streikbrüdergewerkschaften.

„Die Insubordination haben nichts Gutes für uns gemacht. Die hätten wir nicht notwendig gehabt.“

Christliches Ausschmittgeseß... am 8. Januar 1913 in Saarwellingen.

Der Stern der Lützen Gelden und in Sturmes Weitem erprobten Marschälle Insubordination ist verfallen, das Glück hat sich von ihnen gewandt, an ihre Verfen heftet sich die rächende Nemesis, und anstatt der Erfolge, erleidet ihre sonst so sieggewohnte „Christenarmee“ eine Niederlage nach der anderen. Der „schöne“ „Stolz“ im März 1912 hat den Grubenkapitalisten die Gebührende gefüllt, die „flaggen-reiche Christenarmee“ muß mit ihrem Schwanz, mit ihren Knochen die Kriegskassen mit zahlen, die tapferen Streikbrüder müssen jetzt zum Lohn für den Arbeiterverband für den Schrecken, den sie auf Befehl der Insubordination verübt haben, den Schmachterleimen immer enger schmalen, weshalb sie in immer größerer Zahl fahnenflüchtig werden. Um der Massenluft aus der „sieggewohnten“ „Christenarmee“ zu steuern, haben die Marschälle nachstehenden Brief verfaßt, schon fälschlich gedruckt und den Korporalen zur Verfügung gestellt, um ihn an die fälschlichen „Kämpfer“ gegen die „roten Brüder“ zu verteilen. Der Brief, der an eine Anzahl Verbandskameraden in Forst, Steele, Effen usw. geschickt wurde, lautet:

„Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter Deutschlands.“
Datum des Poststempels.

Werter Kamerad!

Bei Durchsicht unserer Bücher finden wir auch Deinen Namen. Zu unserm größten Bedauern aber hast Du Dich seinerzeit freigestellt lassen. Aus welchen Gründen, ist uns nicht bekannt. Vielleicht war die Beurteilung unserer Kollegen Insubordination der Grund. Daß diese Beurteilung wegen der Verfassung des Flugblatts, worin er angab, der Streikbrüder sei ermittelt, angefochten werde, haben wir direkt bekannt gegeben. Heute sind wir in der Lage, Dir mitzuteilen, daß Insubordination wegen dieser Sache freigesprochen wurde.

Werter Kamerad! Wenn je eine geschlossene Organisation, und zwar eine christlich-nationale Organisation, notwendig war, dann ist es heute. Die Feinde einer gesunden Sozialreform mehrten sich von Tag zu Tag. Die Stellung des wirklich christlichen Reformators wird immer schwieriger. In vielen Fällen und auf vielen Gruben nimmt das Denunziantentum überhand. Die Feinde jeder Verbesserung auf dem sozialen und wirtschaftlichen Gebiete haben sich Organisationen geschaffen, und leider Arbeiter gefunden, die sich diesen Vereinen anschließen. Teils tun es diese armen Leute aus Unkenntnis, teils aus dem Grunde, sich persönliche Vorteile dadurch zu verschaffen. Letztere sind für eine Entwicklung einer gesunden Sozialreform nicht zu haben; sind sogar bereit, gegen jede Reform zu arbeiten. Bei diesen Leuten kommt erst die Erkenntnis, wenn sie Anspruch auf irgend eine Rente machen müssen. Dann möchten sie gerne umkehren; es ist aber zu spät. Im vorigen Jahre fand am 21. September ja wieder eine Generalversammlung des Allgemeinen Knappenschaftsvereins statt. Wer war es, der uns die Aufhebung der Renten weigerte? Die Arbeitgeber? Wer sind die Arbeitgeber? Das sind jene Leute, die die vorbenannten Vereine ins Leben rufen und am Leben halten. Der Allgemeine Knappenschaftsverein verfügt über ein Vermögen von mehr als 200 Millionen Mark. Trotzdem weigern sich die Väter der Gelben, uns höhere Renten zu zahlen.

Werter Kamerad! Während wir früher nur die Arbeitgeber als Gegner der Sozialreform fanden, finden wir, Gott sei es geklagt, sogar Arbeiter, die mit den Arbeitgebern die gerechtesten Wünsche der Arbeiter mit Füßen treten. Und dann die Asten! Was haben diese getan für die Arbeiter?

Nichts, aber auch garnichts!

Ja, lieber Freund! Wenn es notwendig ist, sich zusammenzuschließen in christlichen Gewerkschaften, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, ferner, damit die soziale Gesetzgebung weiter ausgebaut wird, dann ist es aber in letzter Zeit unbedingt notwendig geworden, fest und geschlossen zusammenzutreten im Gewerkschaftsverein, um dem nichtswürdigen Treiben der Asten und Gelben ein halt entgegenzusetzen!

Tausende Bergleute haben sich in letzter Zeit zusammengeschlossen im Gewerkschaftsverein, und wir glauben nicht sehr zu gehen, daß auch Du in kurzer Zeit Dich bei uns anmeldest. Denke daran, daß schon weit über 80000 Bergarbeiter im Gewerkschaftsverein sind. Darum handle, trete auch Du ein in das Heer der wackeren christlichen Streiter und kämpfe mit uns für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, für eine gesunde Ausbaugang unserer sozialen Gesetzgebung, zu unserem eigenen Wohl, zum Wohl unserer Angehörigen, zum Wohl unserer Familie, damit in Zukunft durch festes Zusammenhalten in einer Organisation auf christlicher Grundlage der Bergarbeiterstand wieder zu Ansehen und Ehre kommt.

Auf Dich als Mitglied rechnend, zeichnet
Mit freundlichem Glückwunsch!
Die Ortsverwaltung.

Für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen die Christengenerale, indem sie den Streikbruch organisieren, dem Unternehmertum Millionen retten. All ihre herrlichen Reden können die Lumpen auf die Dauer nicht bezähnen, die Fakten haben sie als das entlarvt, was sie sind: Organisatoren zur Vertretung der Bergarbeiterinteressen!

„Einigermassen erlautlich.“

Unter dieser Überschrift lesen wir in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ vom 21. Dezember:

„Was zur Stunde haben der Verband „Sich Berlin“ und seine Freunde, die sonst nie verfehlen, bischöfliche Aeußerungen zu notieren, noch mit keiner Silbe Notiz genommen von der authentischen Interpretation der Gewerkschaftsanhaltia des Heiligen Vaters durch die Mitglieder der deutschen Bischofskonferenz (s. W. A. Z. Nr. 48 S. 287). Auch in der Demonstrationssammlung des Verbandes „Sich Berlin“ am 10. Dezember (am Friedrichshain in Berlin) ist so geredet worden, als existierte eine solche Interpretation gar nicht. Dagegen hat Herr Generalsekretär H. J. Journelle nach dem Bericht des „Arbeiter“ daselbst u. a. gesagt:

„Der deutschen Katholiken Pflicht ist es nun, so lautete ja auch des päpstlichen Nuntius Wunsch, die in der Enghilika aufgestellten und keines weiteren Kommentars bedürftigen Normen zu beobachten.“

Wir verweisen demgegenüber auf die Tatsache, daß der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Stegerwald in einer am 3. Dezember im Kolosseum zu München gehaltenen Rede erklärt hat: auf Grund autorisierter Informationen stelle er fest, daß der hochw. Herr Nuntius in seiner Erklärung an die Presse unter autorisiertem Kommentar (der Enghilika) den der deutschen Bischöfe verstanden hat. Die Sache steht demnach so: Die hochw. Herren Bischöfe geben eine Interpretation zur Enghilika heraus, die in bezug auf die christlichen Gewerkschaften ungefähr das Gegenteil von dem besagt, was die Vertreter des Verbandes „Sich Berlin“ herausgegeben und veröffentlichen haben. Der päpstliche Nuntius in München erklärt diese Interpretation als „autorisierten Kommentar“. Die Vertreter des Verbandes „Sich Berlin“ aber operieren, als ob ein solcher Kommentar gar nicht existierte. — In der neuesten Nummer der „Betrußblätter“ (Nr. 11) wird die Gewerkschaftsanhaltia folgendermaßen ausgelegt:

„Von einer Genehmigung, Förderung und Neugründung von christlichen Gewerkschaften wird nicht gesprochen, im Gegenteil, sie werden als gefährlich für die Reinheit des Glaubens und den gebührenden Gehorsam gegen die Kirche bezeichnet, und auf diese Gefährden haben auch die Bischöfe in ihrem Schreiben an den Heiligen Vater aufmerksam gemacht. Man muß sogar sagen, daß eine besondere Agitation für diese Gewerkschaften und ihre Förderung durch Neugründungen seitens katholischer Geistlicher nunmehr, nach dieser Enghilika des Heiligen Vaters, nicht mehr anständig ist.“

Es gibt doch sicherlich Mittel, diesen unberufenen Auslegern und berufsmäßigen Unruhstütern das Handwerk zu legen!

Das G. e. s. e. r. t. s. -Blatt findet es also einigermassen erlautlich, daß die „Berliner“ von der „Interpretation“ zur Enghilika mit keiner Silbe Notiz genommen haben, während dasselbe Blatt es für nicht erlautlich findet, daß die päpstlich gebildeten „christlichen“ Gewerkschaften von der Enghilika selbst keinerlei Notiz nahmen, sondern nur von der „Interpretation“. Die „Berliner“ haben die Enghilika selbst abgedruckt, während die „christlichen“ Gewerkschaftsblätter sie samt und sonders unterdrücken haben. Was ist nun richtiger: die Enghilika oder die „Interpretation“? Den W. A. Z. -Blättern erscheint der Kommentar zu einem Gesetz als das Gesetz selbst, was für andere Leute einigermassen erlautlich ist, wie die ganze W. A. Z. -Redaktion.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder Beamtenwirtschaft.

Wir teilen kürzlich mit, daß in dem Prozeß des Fahrleiters B. e. c. h. t. e. l. und des Gleiters G. e. t. t. e. gegen den Kameraden W. a. g. n. e. r. lechter freigesprochen wurde, weil der Wahrheitsbeweis vollständig geführt worden konnte. Gegen das freisprechende Urteil hatten nur die Kläger Revision eingelegt. Die Revisionsinstanz sollte aber nicht nur über den bösen Eindruck hinwegsehen, den das Urteil und seine Begründung im Mansfelder Revier hervorgerufen hatte. Denn jetzt haben die beiden Kläger die eingelegte Revision zurückgezogen. Damit ist die Sache wieder erledigt. Die größte Freude, daß es nicht zu einer Neuauflage des Prozeßes kommt, wird der junge Stadt-Bürgermeister empfinden. Denn nachdem derselbe vorher wiederholt unter Beugen versichert, Schichten angeordnet bekommen zu haben, wenn er für Bechtel gearbeitet hätte, dieses sogar mit seinen Lohnzetteln beweisen konnte, die er uns ebenfalls vorlegte, erklärte derselbe Stroh im Termin: „Ich habe keine Schichten angeordnet bekommen.“ Die große Staatsaktion, welche gegen unsere Zeitung eingeleitet worden war, hat ein Resultat erzielt, welches den in Frage kommenden Kreisen nicht angenehm sein wird. In dem Artikel: „Mansfelder Beamtenwirtschaft“ in der „Bergarbeiter-Zg.“ vom 21. September 1910 waren zwölf Beamte mit Namen benannt, aber nur vier klagten. In drei Fällen erfolgte Freisprechung, weil trotz der schwierigen Verhältnisse der Wahrheitsbeweis gelang. Nur in einem Falle in Sachen Krone gegen Wagner erfolgte eine Verurteilung, doch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, wenn auch das Urteil rechtskräftig geworden ist.

Ein neues Kaligeseh.

Das Kaligeseh von 1910 ist, wie selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zugestehen mußte, entstanden, weil die privatkapitalistische Produktionsweise im Kaliberbau völlig fest gemacht hatte. Aber durch das Gesetz wurde nichts gebessert, im Gegenteil, es hat völlig versagt, wie jetzt selbst die Regierung zugestehen muß. Die Regierung hat nun eine, wenn auch recht mangelhafte Denkschrift herausgegeben, außerdem eine neue Kaligesehnovelle in Aussicht gestellt. Wir werden in nächster Nummer unserer Zeitung eingehend darauf zurückkommen.

Kein Lokal in Groß-Köslig!

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß uns der Gastwirt K. o. z. e. m. b. a. in Groß-Köslig das Lokal entzogen hat. Es ist nun Pflicht der Kameraden, ihren Durst bei den Wirten zu stillen, wo wir gerne gesehen werden. Nutzen und Vorwärtskommen in der Bewegung haben wir ja sowieso durch das Lokal nicht gehabt. Im Gegenteil, die Arbeiter sind rein vorübergekommen, man bekam gar keine gut besuchte Versammlung mehr zusammen. Der Wirt bediente sich mitunter Nebenarten, die man gar nicht gerne in den Mund nimmt, wie z. B. „Lumpen“ und dergleichen. Kameraden, übt Solidarität und berücksichtigt die beiden Lokale in Döbern P. ö. t. s. c. h. und W. a. l. d. e. r. m. a. n. n.

Aus dem Lager der päpstlich Gebildeten.

Behrens, „ein lieber Kollege!“

Wie der „Bergknappe“ vom 11. Januar mitteilt, ist Behrens Vorsitzender des Wald-, Wiesen-, Wasser-, Weinberg- und Landarbeiter-Zentralverbandes geworden. Der „Bergknappe“ begleitet dieses phänomenale Gewerkschaftsereignis mit folgenden Ausführungen:

„Zum Vorsitzenden dieses Verbandes ist unser lieber, langjähriger Kollege, Reichstagsabgeordneter (von Zentrumsnaden. Red. der „W. A. Z.“) Franz Behrens gewählt worden. Der Fortigang von Behrens, der jene beherrschte Kraft etwa acht Jahre in den Dienst unseres Gewerkschafts gestellt hat, und den die Bergarbeiter besonders auch wegen seiner unermüdeten parlamentarischen Tätigkeit zu großem Dank verpflichtet sind, hat in unseren Reihen eine empfindliche Lücke gerissen. Nur äußerst ungern haben wir Kollegen Behrens scheiden sehen, doch mußten wir schließlich die Interessen unseres Gewerkschafts und Gesamtinteressen der christlichen Gewerkschaftsbewegung unterordnen.“

„Unser lieber, langjähriger Kollege!“ Wie sich die Zeiten ändern! Noch im Jahre 1909, als G. u. t. s. c. h. e. Vorsitzender des „christlichen“ Eisenbahnerverbandes wurde, rief der Vorsitzende des Gewerkschafts, S. e. r. n. a. n. u. S. ö. t. e. r. aus: „Gott sei Dank, daß wir den Gutsche los sind, wären wir doch endlich auch den Behrens los!“ Wirklich, sie haben ihn zum Freisitz gern, den „lieben Kollegen“!

Am 17. Januar 1911 jagte der frühere Gewerkschaftsbeamte T. o. b. e. d. vor dem Schöffengericht in Oberhausen als Zeuge eidlisch aus:

„Mehrere Male geriet ich mit dem Vorstand des Gewerkschafts aneinander wegen der Anstellung von evangelischen Gewerkschaftsbeamten, weil der Vorstand sich diesen Anträgen widersetzte. Höflicher besanders hat meine Anträge in erregter Weise mit den Worten zurückgewiesen: „Geh mir weg mit deinen evangelischen Kumpels, ich habe an Behrens schon genug!“ Auch Bogelsang, dem ich gelegentlich über die Anstellung des Beamten Emmel sagte, er möge doch seinen Einfluß mal energisch zur Geltung bringen, damit auch noch mehr evangelische Beamte angestellt würden, erwiderte: „Dafür bin ich nicht zu haben. Wie würden ja unsere eigenen Feinde anstellen. Geh mir mit deinen evangelischen Kumpels.“

